www.onesolutionrevolution.de

EINSCHÄTZUNG DER WELTLAGE



REVOLUTION

POLITISCH-ÖKONOMISCHE PERSPEKTIVEN

www.onesolutionrevolution.de



POLITISCH-ÖKONOMISCHE PERSPEKTIVEN 2016

BROSCHÜRE DER JUGENDORGANISATION REVOLUTION

Autoren ALEX METZGER

WILHELM SCHULZ

Cover BEN ZIMMER

ONESOLUTIONREVOLUTION.GERMANY

REVOGERMANY

VORWORT

Der vorliegende Text ist Ergebnis der REVOLUTION-Germany Jahreskonferenz Mai 2016. Er ist kollektives Produkt unserer Jugendorganisation. Er dient der gemeinsamen Einschätzung der aktuellen Ausgangssituation des imperialistischen Weltsystems und zieht Schlussfolgerungen auf die Entwicklungen innerhalb der Klassenkampflage. Dementsprechend misst sich seine Aktualität jedoch nicht allein anhand der Frische der einzelnen beschriebenen Ereignisse, vielmehr haben wir es hierbei mit einer Periodisierung zu tun, die versucht zu erklären, was der Kern der sich regelmäßig überschlagenen Ereignisse ist. Selbst im Zeitraum der Überarbeitung müssten nahezu im täglichen Takt an unterschiedlichen Stellen Veränderungen oder Ergänzungen gemacht werden.

Hiergegen haben wir uns jedoch bewusst entschieden, da es sich nicht um eine blinde Aneinanderreihung aktueller Beispiele, sondern um eine Analyse der Tiefe der historischen Krise des Kapitalismus seit der Finanzkrise von 2007/08 handelt. Dieses Dokument stellt somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist der exemplarische Versuch zur Anwendung unserer Methode auf die politisch-ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft. Von diesem Standpunkt aus beziehen wir als Gesamtorganisation in den kommenden Kämpfen Position.

Als Jugendliche sind wir von den Folgen der Krise (Arbeitslosigkeit und Sozialkürzungen hierzulande aber auch von militärischen Auseinandersetzungen in anderen Ländern) meistens als Erste betroffen. Wir von REVOLUTION versuchen mit dieser Broschüre deshalb vor allem die Weltlage aus der Perspektive von uns Jugendlichen zu betrachten, um eigene Schlüsse für unsere Politik daraus zu ziehen.

Hierbei haben wir uns weitestgehend auf die Punkte nach denen sich unsere tägliche politische Arbeit richtet, wie Antirassismus, dem Kampf gegen Krieg, die Krise der EU und die Solidarität mit internationalen Klassenkämpfen, bezogen. Die zunehmende rassistische Spaltung in den USA, der Roll-Back gegen die Errungenschaften der proletarischen Frau und vieles weiteres, finden hier zwar am Rande Erwähnung, stehen aber nicht im Zentrum des Papiers.

Nur kurz noch: Ereignisse wie das Votum hin zum Brexit, was zum Rücktritt David Camerons, zur dauerhaften Schwächung des britischen Finanzkapitals und einer massiven Zunahme rassistischer Übergriffe in Großbritannien führte, ist ein Ausdruck der verschärften Krise. Zeitgleich zeigt sich, dass diese Situation im zentralen Kampf um die Führung der Arbeiter_Innenklasse, im Kampf in der Labour-Party, unmittelbar zur Schwächung des linken Reformisten und Parteiführers



Jeremy Corbyn verwendet wird. Der bürokratische Parteiapparat versucht ihn als alleinigen Schuldigen für die Niederlage der Labour in ihrer Remain-Kampagne darzustellen und zu stürzen. Um sich dem entgegenzustellen, sind nach den Wahlen an die 200´000 Personen in die Partei eingetreten, in weiten Teilen um Corbyn ihre Unterstützung auszusprechen. Der Widerspruch zwischen vermodertem Parteiapparat und den knapp 400´000 neuen Labour-Mitglieder, die in den zwei Jahren beigetreten sind, spitzt sich kontinuierlich zu und wird in der Niederlage einer von beiden Seiten liegen müssen. Dies ist ebenfalls der Ort an dem Revolutionär_Innen im Kampf um die besten Ideen teilnehmen müssen. Auf der anderen Seite sind Militärputschversuche, wie wir sie am 15.Juli erleben durften, Ausdruck der Instabilität der sich zunehmend in Richtung eines bonapartistischen Staates entwickelnden Türkei als einflussreiche Regionalmacht im sogenannten *«Nahen und Mittleren Osten»*, als eine der Weltarenen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Sie zeigen, dass wir uns in einer ebenfalls sprunghaft reaktionären Periode befinden. Eine Periode, die die Dringlichkeit für den Kampf um eine revolutionäre Arbeiter_Innenpartei und Jugendinternationale, die die unterdrückten Massen im Kampf gegen das imperialistische Weltsystem bündelt, umso deutlicher aufzeigt.

Aus diesem Grund betrachten wir die einzelnen Ereignisse nicht als nur schwer erkennbare Puzzlestücke, sondern versuchen das Bild als Ganzes zu betrachten.

18. Juli 2016

POLITISCH-ÖKONOMISCHE PERSPEKTIVEN 2016

EINORDNUNG DER AKTUELLEN PERIODE UND KURZE ERLÄUTERUNG DER DRINGLICHSTEN AUFGABEN DIESER PERIODE

Momentan befinden wir uns in einer Periode von Revolution und Konterrevolution im Zuge der zugespitzten Krise des Imperialismus als einem Stadium von Kriegen und Revolutionen bei zunehmendem Drang nach Expansion. Im Zuge dessen stellt sich eine Frage immer lauter: die Frage nach dem Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Hierbei müssen wir anerkennen, dass die Zeiträume historischer Ereignisse und von Generalangriffen gegen die vom imperialistischen Weltsystem Unterdrückten, aber auch zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten, immer engmaschiger werden. Jedoch hat die Arbeiter_Innenbewegung aufgrund ihrer oftmals bürgerlichen, im speziellen reformistischen (SYRIZA-Partei in Griechenland, welche in Regierungsverantwortung die von EU, IWF und EZB geforderten Angriffe in Form von Privatisierungen, Sparpaketen, Arbeitsmarktreformen etc. umsetzt; PS, die in Frankreich aktuell eine *«französische Agenda 2010»* durchsetzt; SPÖ, die aktuell in Österreich einen außerordentlichen Chauvinismus gegenüber Flüchtlingen betreibt etc.) und populistischen Führungen (z.B. die bolivarischen Bewegungen in Lateinamerika wie etwa der Chavismus in Venezuela, Evo Morales› Sozialismusmodell in Bolivien oder Podemos in Spanien), herbe Niederlagen erlitten, was zu weitreichenden Demoralisierungen und zur Zerschlagung oder Zersetzung von Widerstandsorganen geführt hat. Dies drückt sich in der passiven Situation aus aber bestärkt uns gleichzeitig darin, unsere Kämpfe mit denen um die Führung des Proletariats und der Jugend zu verbinden.

WARUM TREFFEN DIE BISHERIGEN MASSNAHMEN NICHT DIE GRUNDLAGE DER ÜBERAKKUMULATIONSKRISE?

Sollte mensch den Kern der Krise auf ein vereinfachtes Schema runter brechen, dann würden wir sagen: Der Zirkulationskreislauf des Kapitals verläuft auf stetig höherer Stufenleiter. Es wird eine gewisse Kapitalmenge in Waren umgewandelt, welche in mehr Kapital umgesetzt werden sollen (Kurz: G-W-G´). Nun sind wir an einem Punkt angelangt, an dem diese Menge schon längst die Absatzkapazitäten überstiegen hat. Hiergegen gab es die unterschiedlichsten Bewältigungsmaßnahmen: Sei es die durch die Politik des *«Quantitative Easing»* (des lockeren Geldes)

- also das massive Nachdrucken von Banknoten und verleihen dieses unter der Inflationsrate - ,die Flucht in die Spekulationssphäre des fiktiven Kapitals, das Ausschütten von Staatsreserven oder Verschulden einzelner Staaten zur Rettung von *«gesellschaftstragenden»* Konzernen, also zur Vergesellschaftung der Krisenlasten. Und vieles mehr. All diese Maßnahmen schaffen es hierbei jedoch nicht dauerhaft den Kreislauf des Kapitals wieder anzuheizen. So beträgt die Reinvestitionsrate von Kapital, welches erwirtschaftet wurde, in neue Waren und Produktionsmittel in den USA zwischen 2011 und 2014 im Durchschnitt 0,5%. Das wirkliche Problem ist und bleibt also die Anarchie des freien Marktes welche im Zuge verschärfter Konkurrenz natürlicherweise zu ständiger Überakkumulation von Kapital führt. Diese Krise kann nur durch die Errichtung eines internationalen Plans der Produktion beendet werden.

Auch die Niedrigzinspolitik der Federal Reserve Bank in den USA oder die aktuelle Nullzinspolitik der EZB haben es genauso wenig geschafft das grundlegende Problem, die Überakkumulation von Kapital basierend auf der Spekulation von fiktivem Kapital, zu durchbrechen wie bspw. die *«Abenomics»* genannte inflationäre Steigerung der Produktion von Geld der japanischen Notenbank, welche die seit 20 Jahren andauernde Krise des japanischen Imperialismus noch weiter verschärft. Zudem erleben wir derzeit das Einbrechen des Wachstums der chinesischen Wirtschaft, was wiederum durch die massiven Investitionen transnationaler Konzerne in China einerseits und gleichzeitig dem Halten riesiger Geldreserven in US-Dollar anderseits, einen noch nicht abzusehenden Effekt auf die gesamte Weltwirtschaft haben wird. Sollte die chinesische Wirtschaft in ernstzunehmende Schwierigkeiten geraten, würde dies eine Krise der gesamten globalen Ökonomie aufgrund der inzwischen total unübersichtlichen Kapitalverflechtungen nach sich ziehen, die alles seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Dagewesene an ökonomischen Krisen des Kapitalismus deutlich übertreffen würde.

UNTERSCHIEDLICHE KRISENMASSNAHMEN DER IMPERIALISTISCHEN STAATEN

Natürlich haben die unterschiedlichsten imperialistischen Staaten unterschiedliche, ihrer Ausgangssituation angepasste Bewältigungsmaßnahmen ergriffen. Jeweils nicht minder Widersprüchlich.

Die USA, wie bereits beschrieben, versuchen durch ihre Politik des lockeren Geldes, der Leitzins der FED beträgt weiterhin 0%, die Wirtschaftlichkeit anzukurbeln. Gestützt wurde dieser Kurs durch einen der größten Sozialangriffe auf die Arbeiter_Innenklasse in der Geschichte der USA. Bis 2025 sollen jährlich 10 Mrd. US-Dollar im öffentlichen Dienst eingespart werden. Ebenfalls haben wir innerhalb des Proletariats eine massive Verelendung im Zuge der Krise erlebt. Zwischen

2008 und ´10 wurden monatlich zwischen 250´000 und 500´000 Arbeiter_Innen entlassen. Auch wenn sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder relativ stabilisiert hat, haben die Löhne noch längst nicht das Vorkrisenniveau erreicht. Gleichzeitig mussten die USA in den vergangenen Jahren mehrmals das Limit der öffentlichen Neuverschuldung nach oben verschieben, um die sogenannte ‚Fiskalklippe' (mit anderen Worten das Pleitegehen des US-Staatshaushaltes) zu umschiffen und weiterhin irgendwie handlungsfähig zu bleiben. Inzwischen liegt die öffentliche Verschuldung der USA bei mehr als 18 Billionen (!) US-Dollar (18.000.000.000.000 $), Tendenz weiter steigend, auch aufgrund immer neuer Interventionen der US-Army in Krisengebieten wie etwa in Syrien und dem Irak mit der US-geführten Militärallianz mit Luftbombardements gegen IS/Daesh.

Die BRD hingegen versucht ihre wirtschaftlichen Interessen immer stärker der EU zu diktieren, nach der nahezu abgeschlossenen Umwandlung Griechenlands von einer Halbkolonie in ein Protektorat (Fremdherrschaft ausgesetztes Gebiet – siehe OXI), wird dies auf gesamteuropäischer Ebene bei jeder Gelegenheit versucht fortzusetzen. Dabei geraten sie immer mehr in Reibung mit anderen nationalen Bourgeoisien. Bestes Beispiel dafür war in den vergangenen Monaten die Migrationspolitik. In der Frage der offenen Grenzen – innerhalb der EU – spiegeln sich hierbei zwei unvereinbare Interessen wider. Während das expansive Monopolkapital stetig über die nationalen Grenzen hinausdrängt, versuchen die unterschiedlichen Kapitalfraktionen - sowohl die geschwächten innerhalb der imperialistischen Länder, als auch viele der Bourgeoisien der europäischen Halbkolonien - ihre eigene Entwicklung innerhalb des relativ abgekapselten Nationalstaates nachzuholen. So zermürben sich einst noch so stabil wirkende Partner_Innenschaften, wie die zwischen Österreich und Deutschland. Während die Große Koalition von CDU/CSU und SPD in innerer Mehrheit alles daran setzt, den Schengen-Raum offen zu halten, marschiert das österreichische Heer unter der SPÖ-ÖVP-Regierung gen Südost und riegelt die sogenannte *«Balkanroute»* bis nach Griechenland ab. Dahinter steht eine rationale Entscheidung des jeweilig führenden Flügels der herrschenden Klasse. Ein Löwenanteil des Produktionsprozesses des deutschen Monopolkapitals erstreckt sich mittlerweile weitläufig über die EU. Das ausgeweitete europäische Straßennetz ermöglicht das zeitgenaue Anliefern der unterschiedlichen Produkte lebendiger Arbeit. Durch den Extraprofit aus der Ausbeutung der Arbeit in den unterschiedlichen Halbkolonien schröpft das BRD-Exportkapital einen beachtlichen Teil seiner Stärke. Für diesen Teil des Kapitals ist die Flüchtlingskrise einfach aufzurechnen mit den potentiellen Gewinnen durch Schengen und diese Antwort ist eindeutig. Auf der anderen Seite das viel flexiblere österreichische Finanzkapital, welches einen Löwenanteil seiner Gewinne aus Kapitalexport schröpft und wirtschaftlich nicht derartig von der Frage der offenen Grenzen abhängt. Der Charakter der weiteren Existenz der EU ist somit eng an die Interessen des deutschen Kapitals gebunden.

Frankreich fällt innerhalb der Krise immer weiter nach hinten ab. Wirtschaftlich kann es die Rolle des gleichstarken Partners der BRD nicht dauerhaft aufrechterhalten. Aus Angst die eigenen historischen Einflussgebiete zu verlieren, kommt es zu relativ abrupten Militärinterventionen. Die Sparmaßnahmen im Inneren des Staates stoßen dabei auf vermehrten Widerstand. Die sich stärkende Front National, die schwankende Stärke der historischen Partei der Bourgeoisie, die konservative Partei, aber auch die des Proletariats – die *«Sozialisten»*- spricht für die innere Instabilität und die Abhängigkeit von der Entwicklung der Krise sowie der Europäischen Union.

Im kommenden Juni wird es in Großbritannien die Abstimmung zum weiteren Verbleib in der EU geben. Dabei geht es recht wenig um die Frage des Inhalts eines Brexits, sondern vielmehr um unterschiedliche rassistische Hetze gegen Arbeitsmigrant_Innen und Geflüchtete. Was bewegt die jeweiligen Kräfte zu solch einer Entscheidung? Das äußerst flexible britische Finanzkapital ist deutlich weniger aufs Schengen-Abkommen angewiesen. Wirtschaftsabkommen wie TTIP sind neoliberale Reformen, die der Staat schon unter Thatcher in den 80ern hatte. Es scheint also eine Zuspitzung innerhalb der britischen Bourgeoisie zu geben, der die Frage der nähsten Partner_Innen aufwirft. Hierbei gibt es einen Flügel, der die langjährige transatlantische Kooperation mit den USA aufrecht zu halten versucht und einen anderen Flügel, der eine relative Unabhängigkeit davon anstrebt und Investitionen nach Russland und China beginnt, somit ein Bündnis zur BRD sucht. Die Frage des Austritts aus der EU steht hierbei also für die Uneinigkeit der herrschenden Klasse. Uns als Marxist_Innen sollte jedoch klar sein, dass der Kern der Monopolisierung des Kapitals eine friedliche Einigung der Bourgeoisie ausschließt, egal ob innerhalb oder außerhalb der EU. Die Arbeiter_Innen jedoch haben ein objektiv gemeinsames Interesse, welches sich leichter im gemeinsamen Kampf entwickelt, weshalb wir gegen die Tendenz der Kleinstaaterei eintreten müssen.

Die Politik Chinas war in den vergangenen Krisenjahren von einigen Faktoren geprägt. Zwar über den *«lediglichen»* Ruf des (Produktions-)Motors der Welt hinausgewachsen und mehr auf der Ebene des Kapitalexports in andere Länder agierend, war der Hauptkurs der regierenden Fraktion der KP Chinas der, dass kein Staatskonzern abgestoßen wird. Dies passierte aus unterschiedlichen Gründen: Die inneren Potentiale und Konflikte sind dabei hauptsächlich jene, dass China das Land mit den größten Kapitalrücklagen ist und dadurch eine zeitweise Beibehaltung der Produktion trotz gesunkener ideeller Absatzbedarfsmenge künstlich aufrechterhalten konnte. Der andere Grund ist, dass in China aufgrund der rasanten Entwicklung der vergangenen Jahre ein dauerhafter Einbruch unter 7% des Wirtschaftswachstums (BIP) von großer Gefahr sein kann (6,8% in ´15, 7,3% in ´14, 7,7% in ´13). Ein Faktor dafür ist das zunehmende Alter der chinesischen Bevölkerung, ebenfalls in der Klasse der Arbeiter_Innen und der der

Bauern, diese beiden Klassen umfassten in 2012 noch 1,004 Milliarden Menschen zwischen 15 und 64 Jahren; 2015 waren es lediglich 804 Millionen. Im Zuge dieses sich anbahnenden immer größer werdenden Problems spitze sich der Konflikt innerhalb der KP Chinas im vergangenen Jahr zu. Dies führte dazu, dass der neue führende Flügel der Partei ebenfalls einen neuen Kurs einschlagen möchte. Ziel ist es Staatsbanken und –Konzerne stärker voneinander zu trennen, um die Privatisierung voran zu treiben. Dies bedeutet eine zunehmende Stärkung und Lostrennung des Interesses der Bourgeoisie von der KPC und schafft Potentiale für die Entstehung von Klassenparteien vor Ort. Die Aufgabe von Revolutionär_Innen ist es hier für die Entwicklung einer Arbeiter_Innenpartei zu kämpfen und innerhalb dieser um ein revolutionäres Programm und zeitgleich die Lostrennung der Gewerkschaften vom chinesischen Staat und seinen Konzernen zu fordern.

Nach den kurzfristigen Einigungen zwischen den USA und Russland im Zeitraum der letzten Münchener Sicherheitskonferenz, bezogen auf die Bombardements in Syrien, wirkt der russische Imperialismus so, als hätte er sich stabilisieren können, als könne er den expansiven Annektionsinteressen der USA seine wirtschaftliche und militärische Macht entgegenstellen. Doch die relative militärische Stärke Russlands kann nicht über seine wirtschaftliche Schwäche, als sprödestes Glied in der Kette der imperialistischen Mächte, hinwegtäuschen. Das Putin-Regime ist neben den großen Verlusten von Handelspartner_Innen und Einflussgebiet auch innerlich hart von der Krise getroffen: 71,2% der Wirtschaftsleistung stammten 2013 aus der Förderung von Energieträgern, im Laufe der Rohstoffkrise lassen sich stärkere Einbrüche vor allem in diesem Land abschätzen.

DIE KRISE IM STADIUM DES IMPERIALISMUS

Diese Krise im Inneren passiert nicht zufällig zeitgleich. Nein. Das imperialistische Weltsystem ist eines, das alle Ecken und Winkel seiner Herrschaft unterworfen hat. Innerhalb dieses Systems existieren nur zwei Formen von Staaten, imperialistische und imperialisierte. Die internationale Arbeitsteilung schafft sich nicht nur einen Weltmarkt, dieses System bekämpft auch jedwede Form von aufkommendem nationalem Protektionismus (Schutzzölle usw. usf.). Durch den Kapitalexport, der gezielt in Länder stattfindet in denen die organische Zusammensetzung des Kapitals geringer ist (kurz: das Verhältnis von Lohnarbeit zu Produktionsmitteln in der Produktion pro Ware), gleicht sich die internationale Wirtschaftslage immer relativ an. Eine weltweite Profitrate entwickelt sich immer stärker. Dass dieser Prozess nicht gleichzeitig zur stetigen Anpassung der Lebensstandards führt, liegt im Kern der privaten Anhäufung von Kapital. In verstärkter Form findet diese Prozess bei imperialistischen Kapital in halbkolonialen Ländern statt.

Wir kommen somit zurück zum altbewährten Punkt: der Imperialismus macht eine Flucht vor stärkeren Kapitalfraktionen über kurz oder lang innerhalb einer *«durch-imperialisierten»* Welt unmöglich. Diese zunehmende Konkurrenz wird auf unterschiedlichen Wegen ausgefochten.

Die Niedergangstendenzen des Kapitalismus in seinem höchsten Stadium zeigen sich in einem weiteren Punkt besonders deutlich: in der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit. Trotz dem in weiten Teilen guten wissenschaftlichen Kenntnisstand über massive bestehende und aufkommende ökologische Probleme, ist der Kapitalismus weder in der Lage, noch Willens, diese im Sinne des Fortbestehens der Menschheit zu lösen. Die politische Diskussion fokussiert sich dabei meist auf den Klimawandel, welcher als eines der offensichtlichsten und größten ökologischen Probleme schon jetzt dazu beiträgt, dass Millionen von Menschen in Armut, Hungersnöte, Kriege und Flucht gestürzt werden. Der globale Wandel (Global Change), ausgelöst durch die Jagd nach steigenden Profitraten, beschränkt sich dabei jedoch bei weitem nicht nur auf dramatische Veränderungen des Weltklimas, sondern umfasst auch die zunehmende chemische Verschmutzung (inkl. atomarer Verseuchung), der Verlust von Biodiversität, die globalen N- und P-Kreisläufe (v.a. durch zerstörerische konventionelle Landwirtschaft), die Versauerung der Ozeane mit unkalkulierbaren Folgen, die Verschmutzung der Atmosphäre mit Aerosolen (mit jährlich zehntausenden Toten), der Abbau von stratosphärischen Ozon, die globale Landnutzungsänderungen (v.a. durch Raubbau und Landwirtschaft in den Tropen und den borrealen Nadelwäldern) und den Verlust von Frischwasser, der schon jetzt besonders unterdrückten Menschen (Palästina, Kurdistan, Pakistan etc.) die Lebensgrundlage raubt, um nur einige *«planetarische»* Grenzen (Planetary Boundaries) und drängendste Probleme zu nennen. Ein weiteres Problem ist die massive Ressourcenverschwendung. Seltene Erden sind z.B. begrenzt, werden aber nicht recycelt, weil dies weniger profitbringend als die Ausbeutung der vorhandenen Vorkommen ist. Auch die Nutzung von fossilen Brennstoffen ist nicht nur wegen des CO_2-Ausstoßes problematisch, sondern auch wegen deren Endlichkeit. Trotz diesen offensichtlichen und massiven Umweltproblemen wird außer Symbolpolitik, wie beim Klimagipfel von Paris, Nichts gegen diese unternommen. Im Gegenteil: wir leben in einer absoluten *«Wegwerfgesellschaft»*, der CO_2-Ausstoß steigt weiter, es werden neue Atomkraftwerke gebaut, konventionelle Energieträger werden weiterhin in unvorstellbarem Maße ausgebeutet und Millionen von Menschen in ihrer Existenz bedroht.

Das Säbelrasseln um die jeweiligen Einflussgebiete ertönt jedoch nicht ausschließlich aus den Mäulern der Kanonen. Imperialistische Zuspitzung heißt nicht automatisch, dass der Einsatz von Militär in aller Welt unmittelbar bevorsteht. Zwar sagte Lenin: *«Es fragt sich, welches andere Mittel konnte es auf dem Boden des*

Kapitalismus geben außer dem Krieg, um das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Akkumulation des Kapitals einerseits und der Verteilung der Kolonien und der „Einflußsphären" des Finanzkapitals anderseits zu beseitigen?» Jedoch müssen wir alle Seiten dieses Krieges klar beleuchten. Beginnend mit den zunehmenden Handelskriegen.

ÖKONOMISCHE KONFRONTATIONEN

Das Mittel der Wirtschaftssanktionen hat in den vergangenen Jahren wieder zunehmende Beliebtheit angenommen. Zwei unterschiedliche Beispiele sind dabei repräsentativ: Zum einen die Sanktionen gegenüber Russland im Zuge des fortwährenden Ukrainekonflikts. Hierbei wurden die Sanktionen eingesetzt, um die wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Teilen der Europäischen Union und Russland zu erschüttern, um dadurch die Blockbildung zuzuspitzen und daraus folgend einzelne Imperialismen zunehmend zu isolieren. Zum anderen die Aufhebung der Sanktionen gegenüber dem Iran. Diese ermöglichen massive Investitionen in den zunehmend isolierten Rentierstaat und zum anderen die fortwährende Schwächung der anderen Nationen, die ihre Stärke ebenfalls aus den Gewinnen aus Grund und Boden schöpfen (aus dem Ertrag/der Rente natürlicher Ressourcen), vor allem Saudi-Arabien und Russland.

Die Rohstoffpreise bei fossilen Brennstoffen und seltenen Erden sind momentan gigantischen Schwankungen ausgesetzt. So fiel der Preis für minderwertiges Rohöl, gewonnen aus kanadischem Schiefersand, Anfang des Jahres ´16 sogar unter 3$ pro Barrel. Es gab bereits absurde Theorien, dass der Preis unter 0$ fallen könnte. Auch International stand der Rohölpreis in diesem Zeitraum unter 28 US-Dollar. Momentan befindet er sich immer noch im Bereich des historischen Tiefs auf einer Höhe von 39,69 US-Dollar (Stand: 7. April ´16 um 12 Uhr). Diese Tendenz führt zum Abschwächen der Währungen in von Rohstoffexport abhängigen Ländern. Kanadischer Dollar hat im Verhältnis zum US-Dollar zwischen Mai ´15 und Januar ´16 um circa 20% an Wert verloren. Auch das vor kurzem auf den Markt gebrachte Fracking-Verfahren braucht im Durchschnitt einen Barrelpreis von 50-60 US- um überlebensfähig zu bleiben. So melden die unterschiedlichsten Fracking-Unternehmen in den USA im Wochentakt die Insolvenz an. Aber auch andere Rohstoffe sind im Preis massiv eingebrochen. So sank der Kupferpreis in den letzten fünf Jahren um 50,8%. Dies passiert nicht zufällig, denn der Bedarf innerhalb der Produktion nimmt stetig ab.

Diese Entwicklung spiegelt sich weltweit natürlich auch in den Wachstumszahlen wider. So können wir hierbei in der Tendenz von einem eindeutigen Rückgang sprechen im Verhältnis zu den letzten 15 Jahren und bei einer Stagnation in den letzten 3 Jahren. Im Jahr 2015 hatten wir eine Wachstumsrate von 3%, 2014 von 3,5% und 2013 von 3,3%.

Eine weitere Neuerscheinung auf der Weltbühne ist der im September 2015 eingeführte Flexibilisierungskurs des Yuan (Chinesische Währung). Dieser soll eine Auf- und Abwertung der Währung erleichtern. Dies schafft eine gute Grundlage für eine offensive Handelspolitik des stark exportbasierten Chinas. Relative Kontrolle wollen sie hierbei über ihre weltweit größten Staatsreserven in Höhe von 3,3 tausend Milliarden US-Dollar ausüben. Zum einen kann dies eine Angriffsfläche für andere starke Finanzkapitalfraktionen bilden, zum anderen die mit Müh und Not erreichte Stabilisierung des Dollar binnen kürzester Zeit einreißen.

MILITÄRISCHE ZUSPITZUNG

Dieser gesteigerte Konkurrenzzwang, angeführt durch zugespitzte Handelskonflikte, bedarf auch einer zunehmenden Machtdemonstration. Dabei gibt es unterschiedliche Einflussfaktoren. Oberflächlich betrachtet sind die Top-10 der jährlichen Militärausgaben in Milliarden US-Dollar, die Folgenden: 1. USA mit 596, 2. China mit 215, 3. Saudi-Arabien mit 87,2, 4. Russland mit 66,4, 5. Großbritannien mit 55,5, 6. Indien mit 51,3, 7. Frankreich mit 50,9, 8. Japan mit 40,9, 9. Deutschland mit 39,4, 10. Südkorea mit 36,4. Die Weltweiten Militärausgaben von Staaten beliefen sich 2015 auf 1,417 Billionen US-Dollar. Davon vielen 1,12 Billionen auf die 15 hochgerüstesten Staaten, die restlichen Milliarden verteilten sich auf die übrigen 156 Länder.

Gucken wir uns nun die zwei größten dieser Kräfte an. Zwischen 2000 und 2012 haben die USA das Budget des Verteidigungsministeriums verdoppelt, in China stieg der Rüstungsetat im selben Zeitraum um 314%. 2014 hatten die USA einen Anteil an den weltweiten Rüstungsausgaben von 37%, knapp gefolgt von China mit ca. 15%. Hierbei ist zu sagen, dass der chinesische Staat rasant aufholt. Beide Kräfte planen einen Großteil ihrer Truppen hauptsächlich in den Pazifik zu verlagern, so befinden sich momentan 60% der US-Luftwaffe und ab 2020 ebenfalls 60% der Seestreitkräfte dort. Ebenfalls möchte China bis 2020 seine Flotte aufstocken und bis dahin eigene Flugzeugträger produzieren, doch bisher begnügen sie sich mit den 60 stationierten Atom-U-Booten im Ost- und Südchinesischen Meer. Hier bewährt sich China als militärisch mächtige Kraft und bekräftigt dadurch sein expansives Interesse. Mittlerweile befindet es sich mit sechs unterschiedlichen Staaten in Konflikten um Kleinstinseln in der Region.

Dabei zeigt sich auch, dass sich der aufstrebende chinesische Imperialismus seit Jahren schon im offenen Konflikt mit den beiden anderen dominierenden imperialistischen Staaten im Pazifikraum befindet, einerseits mit dem US-Imperialismus, andererseits mit dem japanischen Imperialismus. Letztgenannter befindet sich dabei in einer seit nunmehr 20 Jahren andauernden permanenten Krise im Inneren wie im Äußeren, was sich zuletzt auch auf das Einflussgebiet,

sowohl im südostasiatischen wie auch im pazifischen Raum, bemerkbar macht. Konkret geht es lediglich um ein Gebiet, in welchem der japanische Imperialismus historisch dominierend ist (schon zu Zeiten vor dem zweiten Weltkrieg) und was dieser auch nach wie vor für sich beansprucht, wobei die japanische Bourgeoisie seit Ende des zweiten Weltkrieg auf eine enge Kooperation mit dem US-Imperialismus und der US-Bourgeoisie im Pazifik setzt. Allerdings können wir auch beobachten, dass die Zeit der friedlichen und zurückhaltenden Außenpolitik Japans zunehmend der Vergangenheit angehören wird. Das zeigt sich insbesondere daran, dass durch mehrere Verfassungsreformen der japanischen Armee inzwischen wieder Rechte zugestanden werden, die sie freiwillig nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges abgetreten hatte, wie etwa dem Umbau der japanischen Armee von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer Armee, die auch Angriffskriege führen kann.

Das Interesse über die Kontrolle dieser Region hat mehrere Gründe. Zum einen handelt es sich um ein extrem Öl, Gas- und Fischvorkommen reiches Gebiet, zum anderen werden etwa 50% des internationalen Seehandelsvolumens über diese beiden Meere verschifft. Megaprojekte wie der Seeweg, als auch die geplante *«Wiedererrichtung»* der Seidenstraße (Landhandelsweg von China über die arabische Halbinsel nach Europa) spiegeln die Interessengebiete Chinas wider.

Insgesamt findet im internationalen Rahmen eine Vergrößerung der Arbeiter_Innenklasse statt, aber auch eine regionale Verschiebung in den süd- bis ostasiatischen Raum. Diese Staaten bilden im Zuge der kapitalistischen Krise verstärkter ein enormes Heer potentieller Arbeiter_Innen inklusive einer gigantischen Reservearmee ohne historisch gewachsene starke Kampforgane. Aus dieser Bewegung lässt sich auch die zunehmende Aufmerksamkeit gegenüber diesem Raum seitens der imperialistischen Mächte her messen.

ZUNEHMENDE BLOCKBILDUNG IN ZEITEN VERSCHÄRFTER KONKURRENZ

Im Kampf um die Neuaufteilung der Welt erleben wir nicht nur eine zunehmende Krisenentwicklung, wir erleben ebenfalls ein eifriges Suchen nach potentiellen taktischen Partner_Innenschaften um die eigene Dominanz auszuweiten. Ein Kampf um die Rolle eines Hegemons.

Der allgemeinste Ausdruck der Blockbildung ist die zunehmende Tendenz der sich schmiedenden Freihandelsabkommen. Unter Dominanz der USA entstehen momentan das TTIP für den transatlantischen Raum, NAFTA für den gesamten nordamerikanischen Raum, TPP für den pazifischen Raum, CETA zwischen Kanada und der EU. Auch China hat mit solchen Abkommen begonnen. So ist das RCEP

ein Abkommen zwischen 16 Staaten des pazifischen Großraums. In der APREC findet mittlerweile die geballteste ökonomische Konkurrenz zwischen China und den USA statt. Aber auch mit der Entwicklungsbank bauten sich die sogenannten *«BRICS»*-Staaten im Juni 2015 einen kleinen Gegenpol zu Weltbank und IWF auf. Die daran hauptsächlich beteiligten Staaten repräsentieren 43% der Weltbevölkerung und 30% ihres Bruttoprodukts, jedoch handelt es sich hierbei um einen äußerst brüchigen Block. Dieser Prozess steckt zwar noch in den Kinderschuhen, aber birgt ein gewaltiges Potential.

Während die Blockbildung den Anschein der Re-Etablierung der bipolaren Weltordnung erahnen lässt, möchten wir hierbei auf die gleichzeitige Abhängigkeit zwischen diesen Konkurrenten hinweisen. China und die USA, beide sind jeweils auf Platz 1 und 2 der Exportnationen, ihre Hauptexporte gehen jeweils an den anderen Staat, so gehen 16,9% der chinesischen Exporte an die USA, während 8,1% der Importe aus ihnen stammen. Etwas bildlicher gesagt: 80% der Produkte von Wal-Mart stammen aus China.

Im Zuge des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt sehen wir jedoch ebenfalls an unterschiedlichsten Stellen, wie scheinbar in Stein gemeißelte Verhältnisse zu bröckeln beginnen. So auch jenes zwischen den USA und Israel. Im Verlauf der Aufhebung der Sanktionen gegenüber dem Iran kommt es unter den westlichen Imperialismen zu einem zunehmenden Interesse an Kooperationen mit dieser historisch israelfeindlichen Regionalmacht. Sollte sich der pro-russische Kurs des Rechtspopulisten Trump innerhalb der Krise der herrschenden Klasse in den USA durchsetzen, der den chinesischen Imperialismus gezielter isolieren möchte, nimmt das Vertrauen des zionistischen Staates in seine Schutzmacht vermutlich weiter ab. Dieser Kurswechsel könnte den immer mehr zwischen US-geführtem Block und russischem Imperialismus schwankendem Iran weitere Einflussmöglichkeiten bieten.

Doch wenn die unterschiedlichen Mächte um die Hegemonie kämpfen, was sind überhaupt die Aufgaben eines Hegemons? Wir wollen dies in Bezug auf die Politik der USA beschreiben:

a. Verhinderung von Blockbildung gegen einen, somit Zuspitzung des Konflikts zwischen Partner_Innen und Kontrahenten (bspw. Ukraine-Konflikt)

b. Einnehmen der Rolle als Ordnungsmacht (siehe Arabischer Frühling, aktuell in Syrien bspw. die Forderung nach Anführung von Bodeninvasion unter Führung der US in einer sogenannten *«Koalition der Willigen»*)

c. Aufrechterhaltung und Ausbreitung der militärischen Macht, rund um größte wirtschaftliche Bedrohungen (NATO, Pazifik)

Doch die anscheinende alleinige Führungsstellung der USA ist auf Sand gebaut, denn ihre relative Stärke liegt an den zentralen Schwächen der Anderen. Während die EU den größten Binnenmarkt der Erde bilden würde, stehen dem die nationalen Bourgeoisien entgegen. Und während China expansiver denn je ist, kann es keinen starken militärischen Block aufweisen, welcher dieses Interesse verteidigen kann. Wir haben es also buchstäblich mit einem Wettlaufen um die Welt zu tun. Das Zeitfenster (aber auch das Potential der unterschiedlichen Großmächte) ist dabei äußerst kurz.

DIE ZWEI SEITEN DER KONTERREVOLUTION IM ARABISCHEN FRÜHLING

Die Reaktionen auf den arabischen Frühling belegen dreierlei: Zum Einen, dass die Aufteilung der Welt zwar zum Ende des kalten Krieges abgeschlossen schien, was aber nicht bedeutet, dass die Teilung der Welt ständig außer Frage steht. Wir befinden uns momentan in einer Phase der Neuaufteilung der Welt(a). Zum anderen, dass Momentan keine der imperialistischen Mächte dazu in der Lage ist, sich dauerhaft als Ordnungsmacht hervorzutun(b). Und zu Letzt, dass Revolutionen in halbkolonialen Ländern keine sozialistische Perspektive aufweisen können, sofern sie in der Isolation von den Kämpfen in den imperialistischen Zentren bleiben und so keine Kraft aufbringen, um im revolutionären Umbruch die Doppelmacht zu fordern und für die Arbeiter_Innenklasse zu erringen. (c).

Den akutesten Beleg für eben diese Tendenz stellt der imperialistische Konflikt um die Syrische Revolution bzw. den syrischen Bürgerkrieg dar. Begonnen als Teil einer Periode politischer Umwälzungen und Revolutionen drückt dieser Krieg den Umbruch in eine konterrevolutionäre Periode aus.

Die Aktionen und Mobilisierungen gegen die herrschende Klasse im arabischen Frühling, die zeitgleich aufkommende Coup-Bewegung, oder aber die darauffolgenden Streiks und Besetzungen in Südeuropa und die Erfolge linker und subjektiv sozialistischer Parteien in Südeuropa sind Ergebnis der Krise in der sich der Kapitalismus gerade befindet. Die Bourgeoisie kann Krisen nur durch die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter_Innenklasse (Entlassung, Inflation, Privatisierung) überwinden jedoch nicht ohne ihren Widerstand zu brechen. Deshalb sprechen wir allgemein von einer Phase der Konterrevolution, in der die Bourgeoisie versucht ihre Herrschaft wieder zu stabilisieren.

Der Ausgang um den Krieg in Syrien (und in der Ukraine), gerade auch als strategisches Ziel, kann als Gradmesser für die Schlagkraft Russlands dienen. Noch liegt in Syrien der einzige Hafen Russlands mit direktem Zugang zum Mittelmeer. Nachdem in Tunesien und Lybien die russlandtreuen Regime gestürzt wurden

(Gaddafi und Ben Ali), bleiben Syrien und der Iran als einzige Bastionen des russischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten. Diese Auseinandersetzung dient somit der Demonstration der Fähigkeit Russlands sich auf der Welt als Ordnungsmacht zu halten und dem US-amerikanischen Imperialismus die Stellung eines Hegemons streitig zu machen. Schaffen es die USA auch in Syrien ein williges Regime zu installieren, so wäre das nach Tunesien ein weiterer Partner im arabischen Raum den sie sich in den letzten Jahren gegen die Interessen des russischen Imperialismus unter den Nagel gerissen haben.

Jedoch konnte sich keine der etablierten Imperialist_Innen als Ordnungsmacht im Nahen Osten durchsetzen. Gerade unter diesem Aspekt ist die Stärke der Regionalmächte zu beurteilen. Hier zeigt die Rolle der Türkei deutlich, dass auch Regionalmächte in ihrer spezifischen Funktion Druck auf imperialistische Nationen ausüben können. Der Geflüchteten-Deal zwischen der EU und der Türkei, in dem der Türkei für die *«Ordnung der Geflüchtetenströme»* Zugeständnisse in der eigenen Souveränität (z.B. Duldung des Krieges gegen die Kurd_Innen) als auch im Hinblick auf internationale Beziehungen (mit der EU und Diskussionen um den EU Beitritt) gemacht wurden, belegt das unter anderem.

Als weiterer Beleg dafür ist der wirtschaftliche Krieg zwischen den Energieproduzent_Innen zu sehen. Der unter massiver Belastung von finanziellen- und von Erdölreserven auf ca. 30 % des ursprünglichen Werts gesunkene Rohölpreis greift die Pläne des US-Imperialismus - sich zumindest teilweise unabhängig von arabischem Öl zu machen - empfindlich an. Auch konnte einer der größten Konkurrenten Saudi Arabiens, der Iran, seine Erdölproduktion kaum weiter ausbauen. Vor diesem Hintergrund ist die Annäherung seitens des Irans an die Vereinten Nationen anzusehen. Das kann dazu führen, dass der Iran Saudi Arabien die Möglichkeiten nimmt, den Öl Preis künstlich zu drücken, indem der Markt geflutet und somit Konkurrenz ausgeschaltet wird. Auch würde die verstärkte Ausbeutung iranischer Ölquellen Russlands Rolle als Ölförderer Nummer 2 auf der Welt und direkten Konkurrenten Saudi Arabiens(Platz 3) und der USA(Platz 1) weiter schwächen.

Auch der Krieg gegen Daesh (IS) zeigt die momentane Schwäche des Imperialismus auf. So konnte keine der imperialistischen Nationen einen konsequenten Kampf gegen Daesh anleiten. Im Gegenzug konnte Daesh sich im Irak und in Syrien zeitweise ungehindert ausbreiten und somit das entstandene Machtvakuum für sich ausnutzen.

Zuletzt sei aber darauf hinzuweisen, dass der IS/Daesh, wie auch andere islamistische Terrorgruppen wie z.B. die Taliban oder auch Al-Quaida, letzten Endes *«Produkte»* einer total gescheiterten Interventionspolitik des US-Imperialismus im *«Nahen und Mittleren Osten»* sind. Nachdem die USA in Afghanistan im dortigen

Konflikt mit der Sowjetunion Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre durch die Unterstützung der Mujaheddin-Kämpfer (Vorläufer von Taliban/Al-Quaida und Co.) den Rückzug der Sowjet-Truppen erzwang, wurden diese während eben jenem Konflikt durch Agent_Innen der CIA ausgebildet und finanziell sowie mit Waffenlieferungen unterstützt. Nach dem Ende der Auseinandersetzung mit der SU wurden diese Kräfte nicht mehr benötigt und die Unterstützung eingestellt. Diese Kräfte bilden nun weite Teile des militanten Arms des IS. Dieser ist Ursprung der sozialen Deklassierung weiter Teile der sunnitische Bourgeoisie, die nach dem Sturz Saddams ihre privilegierte Stellung im Irak verloren haben und nun eine Verdrängung des aggressiv-imperialistischen Monopolkapitals aus ihren ehemaligen relativen Einflussgebieten mittels protofaschistischer und islamistischer Truppen erkämpfen wollen.

Ergebnisse der Revolutionen in Libyen, Tunesien und gerade auch in Ägypten belegen zum einen die Schwäche revolutionärer Kräfte vor Ort als auch die Schwäche revolutionärer Kräfte in den imperialistischen Zentren. Weder konnten sich souveräne Staaten etablieren, deren Parlamente und Oberhäupter von denjenigen vorgeschlagen und gewählt wurden, die an den Fronten in den Revolutionen gekämpft haben. Noch konnte das Proletariat in den imperialistischen Lagern das Einsetzen von den Imperialismus-hörigen Vasallen verhindern, oder auch nur infrage stellen (siehe Ägypten, Asisi). Die grundlegendste Aufgabe revolutionärer Kräfte vor Ort wäre es gewesen, in der Periode des politischen Umsturzes, welche einen klar bürgerlich-liberalen Charakter hatte, die Gewaltfrage und die nach der Enteignung der Kapitalist_Innenklassen zu stellen. Faktisch also die Bewaffnung der Arbeiter_Innenklasse z.B. über Selbstverteidigungsmilizen zu fordern und das Privateigentum an Produktionsmitteln zu vergesellschaften. So kann der bürgerlichen eine proletarische Revolution entwachsen, die ihrerseits die Frage der vereinigten sozialistischen Staaten des Nahen Ostens aufwerfen und für sich entscheiden sollte. Das würde konkret bedeuten, revolutionäre Umstürze im gesamten arabischen Raum zu unterstützen, und somit den Klassenkampf zu exportieren.

PERSPEKTIVE DES KAMPES IN ROJAVA

Rojava stellt den Versuch dar, über einzelne gewonnene autonome Regionen stufenweise eine sozialistische Perspektive aufzubauen. Bei allen fortschrittlichen Errungenschaften, die die Kurd_Innen sich mit Rojava erkämpften und gegen die militärische Reaktion seitens der Türkei und seitens des IS verteidigen, kann eine auf dem Rücken einer Revolution in einer tiefen konterrevolutionären Periode erschlichene Republik nicht dauerhaft gehalten werden. Nicht zuletzt die unzureichende ideologische Grundlage, welche weder die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln, und somit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung,

noch die Frage nach dem Export der Revolution auf andere Gebiete und damit auch die Zusammenarbeit mit anderen revolutionären Kräften auf Grundlage der vereinigten sozialistischen arabischen Staaten beantwortet. Welches anstatt die Forderung nach den vereinigten sozialistischen Staaten im arabischen Raum aufzuwerfen, den *«demokratischen Konföderalismus»* (also eine lose solidarische Zusammenarbeit einzelner fortschrittlicher Regionen) preist, eine ideologische Grundlage die im Kern also eine regional bürgerliche ist. Der *«demokratische Konföderalismus»* verneint die Rolle des Proletariats als revolutionäres Subjekt und stellt dem eine lose Volksfront aus subjektiv linken Kräften entgegen. Diese würde zwar nicht unmittelbar sozialistisch werden, sich angeblich im Kampf anhand der sich stetig verschärfenden Widersprüche, in denen sich die kämpfende Front zum Kapitalismus befindet, automatisch weiter nach links entwickeln. Die Frage des Programms wird auf die lange Bank gerückt, aber auch die Frage nach der Enteignung der Produktionsmittel und nach der Selbstbewaffnung des Proletariats unter demokratische Kontrolle. Diese Grundlage, so wie auch die militärische Situation vor Ort und das Klassenkampfniveau in den imperialistischen Zentren, ergibt keine Ausgangssituation, vor der diese Republik verteidigt werden kann. Weder gegen eine imperialistische Intervention noch gegen eine von angrenzenden Regionalmächten ist Rojava dauerhaft überlebensfähig, somit ist dieses Projekt zum Scheitern verurteilt.

Für die Zukunft Rojavas ergeben sich 2 Perspektiven. Eine ist die Etablierung eines Statthalterregimes, welches die Interessen des Imperialismus vor Ort gegen regionale Bestrebungen durchsetzt. Die andere Alternative aber ist, sich konsequent mit dem eigenen Programm und mit den Kämpfen um sie herum auseinanderzusetzen und die demokatischen und sozialen Errungenschaften zusammen mit anderen revolutionären Kräften zu verteidigen und ihre bürgerliche Revolution in eine permanente Revolution umzuwandeln, die die proletarische Doppelmacht aufbauen kann. Hierzu zählen unter anderem die Unterstützung des Kampfes der PKK und ihrer Anhänger_Innenschaft, Das Ausloten und die Unterstützung von revolutionären Kräften in Syrien aber auch die Anerkennung der Notwendigkeit einer revolutionären Partei.

Allgemein sind diese Konflikte Ausdruck des verrottenden Charakters des Imperialismus, als höchstes Stadium des Kapitalismus. Dieser hat längst auf wirtschaftlicher Ebene die Eigenschaften eines fortschrittlichen Weltsystems verloren. Indem die Entwicklung der Produktivkräfte im Zuge der Krise stagnieren, die Monopolkonzerne also so weit entwickelt sind, dass diese um weiter zu wachsen die Marktanteile anderer schlucken müssen. Dies wirft jedoch im Endeffekt immer wieder die Frage der Vernichtung der Produktivkräfte auf. In diesem Stadium des Kapitalismus müssen die Halbkolonien künstlich unterentwickelt gehalten werden, um die Entwicklung eigener nationaler Bourgeoisien, welche dazu in der Lage sein könnten mit anderen Imperialist_Innen zu konkurrieren, zu unterdrücken. Im

Zuge der zugespitzten Krise des Kapitalismus sind die eigenständigen Handlungsräume zu unterdrücken, da sich auch der Kampf um die Blockbildung mit einzelnen Imperialist_Innen zuspitzt.

SPALTUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die europäische Union befindet sich am Scheideweg: Rechte, die sich aus den Abkommen um die Schengener Verträge ableiten, werden ausgesetzt. Deutschlands politische Dominanz innerhalb der EU gerät immer mehr ins Wanken. Ehemalige Verbündete der BRD wie zum Beispiel Österreich geraten in den Widerspruch zur deutschen Grenzpolitik. Gleichzeitig werden ehemals souveräne Staaten innerhalb der EU im Zuge der Abwälzung der Krisenkosten kolonialisiert.

Im Zuge der Finanz- und Währungskrise seit 2007 wurde der Euro als Druckmittel genutzt, um im wirtschaftlich stark geschwächten Südeuropa den angeblichen Weg aus der Krise über eine Austeritäts(-Spar)-politik aufzudrücken. Dabei wurden und werden zentrale infrastrukturelle Konzerne dem Diktat von EU-Institutionen (z.B. Troika) folgend ins imperialistische Ausland verkauft (Netzgesellschaften, Banken, Transportwesen). Des Weiteren wird der Staatshaushalt überwacht und betreffende Länder werden zu Sparmaßnahmen gezwungen. Darunter fallen unter anderem die Kürzung von Renten, Kindergeld, Arbeitslosengeld, Subventionen oder aber die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Sofern das nicht geschieht drohen wirtschaftliche Sanktionen wie das Streichen von Hilfsgeldern für Banken und Konzerne.

Als neue politische Qualität ist hierbei das Untergraben der Souveränität von nationalen Parlamenten oder auch Volksentscheiden zu sehen. Zum Beispiel wurden in Griechenland neue massive Sparmaßnahmen gegen die griechische Arbeiter_Innenklasse von einer Mehrheit der Griech_Innen abgelehnt und trotzdem von der ehemaligen Troika durchgedrückt (Oxi-Abstimmung). Hier werden die Grenzen des Reformismus im Zuge der Krise in halbkolonialen Länder aufgezeigt. Die Möglichkeit die herrschende Klasse zu Zugeständnissen gegenüber der Arbeiter_Innenklasse zu bewegen, nimmt noch weiter ab, somit wirft selbst der Kampf um Reformen die Frage nach der Machtergreifung des Proletariats auf.

SITUATION IN DEN KERNSTAATEN DEUTSCHLAND, FRANKREICH UND GROSSBRITANNIEN

Ein Ausdruck der Dominanz Deutschlands innerhalb der EU sind die Initiativen zur Vereinheitlichung des europäischen Binnenmarktes. Die im Allgemeinen als Schengen-Abkommen bezeichneten Verträge regeln unter anderem den freien

Waren, Dienstleistungs- und Personenverkehr innerhalb der EU. Hieraus kann die deutsche Bourgeoisie zuweilen stark profitieren. Nicht umsonst sind die Anteile deutscher Im- und Exporte am angeblich größten Binnenmarkt der Welt weit höher als die aller anderen EU Staaten. Fast der gesamte Überschuss der Handelsbilanz Deutschlands kommt aus dem Handel innerhalb der EU.

Zentrale Vorteile, die sich aus der Politik der offenen Grenzen ergeben, würden bei einer Abkehr von diesem Kurs der deutschen (auch französischen, mit Abstrichen spanischen und italienischen) landwirtschaftlichen und industriellen Produktion entzogen werden. Unter anderem die Möglichkeit der Just-in-Time-Produktion (also der Lieferung von z.B. Teilen für die Autoindustrie für die Zeiträume in denen sie direkt verarbeitet werden, um so die Kosten und Flächen für die Lagerung zu sparen) aber auch die Aus- und Einfuhr von landwirtschaftlichen Gütern.

Die damit einhergehende Zentralisation des Industriekapitals innerhalb Deutschlands und Frankreichs würde von diesen Regelungen stark eingeschränkt werden. Diese ist von maßgeblicher Bedeutung für die Steigerung der *«Wirtschaftlichkeit»* (also der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit) in vielen Sektoren der Produktion. Ein Beispiel hierfür ist das europäische Luft- und Raumfahrtunternehmen Airbus, welches zu Großteilen aus deutschen, französischen und britischen Konzernen besteht. Weitere Beispiele bieten BP und Shell.

Die Zunahme der Konkurrenz europäischer Monopolkonzerne, zu weiten Teilen in deutschen und französischen Händen konzentriert, würde diese im gesamten schwächen und somit der Stellung Europas auf dem Weltmarkt schaden. Damit würde das Ziel für die wirtschaftliche Dominanz der EU in noch weitere Ferne rücken.

Nun entstehen auch in Frankreich Ambitionen eine eigene *«Agenda 2010»* (ökonomischer und sozialer Angriff auf weite Teile der deutschen Arbeiter_Innenklasse, siehe Hartz 4, Leiharbeit usw.), wenn nicht im Ganzen dann zumindest in Teilschritten durchzuführen. Nach der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 62 Jahre unter Hollande soll nun die El-Khomri-Reform folgen. Diese greift das Modell der 35-Stunden-Woche an und soll betriebsbedinge Kündigungen von Arbeiter_Innen erleichtern (etwa wegen einer schlechten Auftragslage). Hiermit rüstet sich die französische Bourgeoisie gegen die deutsche Dominanz auf dem europäischen Binnenmarkt auf, will so die Produktivität der französischen Wirtschaft durch die Kürzung sozialer Errungenschaften steigern.

Diese Projekte zur Stärkung des französischen Imperialismus sind aber, und dessen ist sich die französische Bourgeoisie bewusst, Ausdruck ihrer eigenen Schwäche. So ist der französische Imperialismus in der Krise extrem geschwächt worden. So stieg die Arbeitslosigkeit auf ca. 13-15 % an. Die Staatsverschuldung

steigt gemessen am BiP mit jedem Jahr weiter und zentrale französische Monopolkonzerne geraten ins Wanken. So konnte der *«Peugeot Citroen»*-Konzern nur durch massive staatliche Zuschüsse und durch Investitionen chinesischer Aktionär_Innen vor der Insolvenz gerettet werden. Auch die Übernahme der Alstom AG durch General Electrics (amerikanischer Monopolkonzern) spricht gegen die Stärke des französischen Imperialismus und der französischen Bourgeoisie und für die sich zuspitzende Konkurrenz zu Deutschland innerhalb der EU. So wurden Versuche seitens des deutschen Konzerns Siemens, sich Anteile von Alstom zu kaufen, vom Firmenvorstand vehement abgelehnt.

Der militaristische Weg der französischen Bourgeoisie über die Intervention in Kriege in ehemaligen Kolonialgebieten wie Syrien oder auch Mali bauschen dabei die Rolle Frankreichs im Imperialismus künstlich auf. Somit stellen sie den Versuch dar, sich trotz unzureichender Wirtschaftskraft gegenüber anderen Imperialist_Innen durchzusetzen (vgl. Russland). Hieraus ergeben sich jedoch im Hinblick auf die Rolle anderer Kernstaaten der EU verbesserte Möglichkeiten der Einflussnahme. So ziehen die in tiefer Krise steckenden Kapitalfraktionen Frankreichs im Schulterschluss mit dem flexibleren, interventionsfreudigen britischen Finanzkapital Staaten wie Deutschland mit in den imperialistischen Konflikt hinein. Historisch ist das starre, auf Warenexport und weniger auf Kapitalexport ausgerichtete Kapital in Deutschland weniger daran interessiert, über die Intervention in Kriegsgebiete Einflüsse zur Gewährleistung von Investitionsmöglichkeiten (Kapitalexport) auszuüben. Es ergeben sich jedoch im Rahmen der EU zentrale Vorteile, auch für das Exportkapital. So hat Siemens den Zuschlag zum Aufbau eines U-Bahnnetzes im Iran (Teheran) erhalten.

Auch die britische Bourgeoisie ist zur Frage der Ausrichtung im imperialistischen Gefüge gespalten: Während ein Teil den Blick in Richtung EU setzt und hofft eine führende Fraktion innerhalb dieser zu bilden, richtet ein anderer Teil sein Augenmerk auf die Zusammenarbeit mit den USA, jedoch nur als Juniorpartner, weniger als Mitspieler auf Augenhöhe. Dieser Teil unterstützt in den letzten Jahren, im Widerspruch zur EU-Agenda einer gemeinsamen Außenpolitik, weiterhin ausnahmslos die US-Interventionen, z.B. im *«Nahen Osten»*. Die Tiefe der Spaltung gegenüber der EU verdeutlicht sich anhand der Positionierung in vielen Konflikten innerhalb der EU. So zum Beispiel zum Verbleib Griechenlands im Euro-Raum, zur Positionierung in der Geflüchtetenfrage oder zur Ablehnung einer gemeinsamen Währung. Während die zunehmenden Investitionen nach Russland und China, ähnlich dem deutschen Imperialismus, auf Dauer im Widerspruch zur bestehenden Blockbildungstendenz stehen. Diese Tendenz offenbart eine zentrale Widersprüchlichkeit innerhalb der Bourgeoisie im Stadium des Imperialismus. Nämlich nimmt die Zahl an großen Monopolist_Innen aufgrund der Zentralisations- und Konzentrationstendenzen stetig ab, dies wirft in tiefen Krisen, in denen keine Zugeständnisse an schwächere Kapitalfraktionen gemacht werden können,

die Frage der demokratischen Legitimation auf. Über kurz oder lang zwingt dies den Monopolist_Innen ein undemokratisches Gewand auf, um ihre ökonomische Stellung zu bewahren und ihre Interessen zu verteidigen.

Unter diesen Aspekten ist also das Aussetzen des Schengener Abkommens seitens einzelner EU Länder (also z.B. die Wiedereinfuhr von Grenzkontrollen), aber auch die übereilte Intervention Frankreichs in den Syrien-Krieg, als direkte Infragestellung der Dominanz Deutschlands und Frankreichs innerhalb der EU zu sehen. Auf lange Sicht kann diese Tendenz zu einer politischen Abkehr ehemaliger Partner des deutschen Kapitals (z.B. Österreich) führen.

Der direkte Ausdruck dieser Politik ist die Positionierung in Bezug auf die Frage der Aufnahme von Geflüchteten innerhalb der EU. Während *«der Kurs Merkels»* von Österreich, Großbritannien, Polen oder Ungarn als ein durchwinken der Geflüchteten dargestellt wird, wogegen sich eben diese Länder verschließen wollen, zieht das deutsche Kapital aus den weiterhin geöffneten Grenzen gewohnte Vorteile.

PERSPEKTIVE DER EU

Auswege aus dieser Krise der EU scheint es kaum oder keine zu geben. Unabhängig von der Positionierung zur EU ist keiner der drei zentralen Nationalstaaten Deutschland, Frankreich, oder Großbritannien für sich allein in der Lage, sich als eigenständiger Spieler im imperialistischen System und damit als Ordnungsmacht in der Epoche der Neuaufteilung der Welt zu etablieren. Die wesentliche Frage, die sich hieraus ergibt, ist inwiefern diese drei Staaten auf Augenhöhe mit anderen möglichen Partnern, die in noch tieferen Widersprüchen zum US-Kapital stehenden Fraktionen koalieren können. Konkret ist hiermit die Frage zur taktischen Ausrichtung auf den chinesischen und mit Abstrichen auch auf den russischen Imperialismus gemeint, mit dem strategischen Ziel der inneren Stärkung zur äußeren Interventionsfähigkeit der EU.

Während die meisten Halbkolonien kein Interesse haben, die Währungsunion oder offenen Handelsgrenzen abzuschaffen, da die Ergebnisse dessen ihnen eine stabilere Ausgangslage auf dem internationalen Markt verschaffen, so stehen sie doch der Frage der weiteren Zentralisation von interventionsfähiger EU-Armee über weiterführende Wirtschaftsabkommen á la TTIP weitaus negativer gegenüber. Jedoch steht die momentane Schwäche der EU und des stagnierenden EU-Binnenmarktes der Möglichkeit einer friedlichen Vereinigung der einzelnen Kapitale innerhalb der EU entgegen. Pläne von einem Kerneuropa, also der Teilung Europas zum wirtschaftlichen Kern im Norden und der Peripherie die maximal als Sonderwirtschaftszone gehalten wird, kommen im Zuge dieser Krise auf die Tagesordnung.

ZUR SITUATION IN DEUTSCHLAND

Neben der Spaltung der Bourgeoisie der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU befindet sich auch die deutsche Bourgeoisie zusammen mit der Wirtschaft in einer Krise und sucht Auswege. Der Mythos gestärkt aus der Krise hervorzugehen wird mittlerweile von den wenigsten ernsthaft erzählt. Vielmehr spaltet sich die herrschende Klasse an der Frage der Mittel, die zur Erhöhung der Profite eingesetzt werden sollen. Während der Mehrheitsflügel weiterhin den Kurs Richtung einer Öffnung nach Europa und einer damit einhergehenden Ausrichtung der Wirtschaft auf den Export tendiert, will der andere die Abschottung.

Die Interessen des Flügels der größerer Mopolkapitalist_Innen stellen den politischen Kurs der BRD der letzten Jahrzehnte dar. In Zeiten relativer Stabilität der kapitalistischen Produktion, nach der Wirtschaftskrise der 80er Jahre, schaffte es die geeinte deutsche Bourgeoisie, unter Vertretung durch die CDU/CSU- oder SPD-Mehrheiten im Bundestag und in der Regierung, ihre eigenen Interessen gegenüber der EU durchzusetzen. Diese stabile Phase des deutschen Imperialismus ist vorbei. Die Kapitalfraktionen befinden sich in zunehmender Spaltung und werden nicht ihren Vorstellung entsprechend von der neoliberalen Politik der CDU/SPD(+Grün oder Gelb) vertreten.

Die angestrebte Privatisierung von Sozialleistungen und der Reproduktionsarbeit, die damit einhergehende Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt oder aber die Planung der Rücknahme des Mindestlohns stellen eine Blaupause für eine Agenda 2020 dar, wie sie die Bertelsmann Stiftung (einer der Herde neoliberaler Ideologie) schon seit einigen Jahren fordert. Grundlegender Zweck solcher Wirtschaftspläne ist es, die Verteilung des Mehrprodukts der Arbeit weg von der Arbeiter_Innenklasse hin zur Bourgeoisie zu führen.

Gerade in der Periode steigender Geflüchtetenzahlen weiß die Bourgeoisie ihre eigenen Pläne allzu gut unterm Deckmantel des staatlichen Rassismus zu vertuschen und die prekärsten Teile der Arbeiter_Innenklasse, als auch das von wirtschaftlichem Abstieg bedrohte Kleinbürgertum, auf seine Seite zu ziehen.

STAATLICHER RASSISMUS

Dabei scheinen die rassistischen Ambitionen der BRD zur Abschottung für diese Teile noch nicht radikal genug zu sein. So werden bestehende Gesetze weiter verschärft, immer mehr Länder zu *«sicheren Drittstaaten»* gemacht und ethnische oder sexuelle Fluchtgründe nur in den wenigsten Fällen anerkannt (z.B. Sinti und Roma oder Homosexuelle aus Ungarn). Eine der radikalsten Maßnahmen ist die Einrichtung von Abschiebelagern, wie sie mittlerweile in vielen EU-Ländern

errichtet werden und wurden. In diese werden Geflüchtete mit geringen Aussichten auf erfolgreiche Asylanträge ohne Recht auf Freizügigkeit verfrachtet.

Für Geflüchtete könne zugunsten der Integration in den Arbeitsmarkt in Zukunft der Mindestlohn ausgesetzt werden. Durch nicht-Anerkennung beruflicher Qualifikationen können Geflüchtete als Fachkräfte in Form von Zeit- und Leiharbeit zum einen als preiswerte Alternative zur teuren Arbeitskraft deutscher Facharbeiter_Innen eingesetzt werden und gleichzeitig eine Konkurrenz für prekär beschäftige Arbeiter_Innen darstellen. Ein Angriff auf prekär Beschäftigte, welche Mittlerweile 25 % der Arbeitsverhältnisse in Deutschland ausmachen, kann und wird von Rechtspopulist_Innen weiter instrumentalisiert werden.

Offen rassistische Gesetze die schon jetzt seitens der Bundesregierung durchgesetzt werden, wie zum Beispiel der Zwang für Flüchtlinge bereitgestellten Arbeitsverhältnissen nachzugehen, um nicht den Anspruch auf Sozialleistungen zu verlieren, deklassieren diese zum wohl prekärsten Teile des deutschen Proletariats. Die Spaltung der untersten Schichten der Klasse der Lohnabhängigen seitens der Bourgeoisie geht somit erfolgreich voran, während sie sich ein Heer von Arbeitsreservist_Innen heranzieht.

Dabei zeigt sich die Unfähigkeit der Reformist_Innen darin, der Politik der CDU Nichts entgegensetzen zu können, all diese rassistischen Reformen mitzutragen und teilweise selbst vorzuschlagen. Sogar zentrale Angriffe auf die Arbeiter_Innenklasse, wie die Agenda 2010, entstanden auf Initiative der SPD und offenbaren die tiefe Krise im Kampf um die Führung der Arbeit_Innenklasse in der sich der Reformismus befindet.

RASSISMUS AUF DER STRASSE

Dass die AfD in der reaktionären Phase von sozialen Angriffen als Ergebnis der Krise auftritt, ist dabei kein Zufall. Große Teile der Gründungsmitglieder der AfD stammen aus der Partei der führenden Kapitalfraktion in Deutschland - aus der CDU - und sind Ergebnis ihrer inneren Zerstrittenheit. Diese meist mittelständischen Teile, aber auch Kleinbürger_Innen, sehen sich im Zuge der Zentralisation der europäischen Kapitale von der EU bedroht und setzen deshalb auf Abschottung. Hierbei steht sie mit ihrer Politik der sozialen Brandrohdung für eine Erhöhung der Profite über die stärkere Ausbeutung der deutschen Arbeiter_Innenklasse.

Allein ist dieser Teil des Kapitals nicht in der Lage sich gegenüber dem stärkeren Monopolkapital durchzusetzen und versucht deshalb die Arbeiter_Innenklasse für sich zu mobilisieren, um ihm seinen politischen Kurs aufzuzwingen. Dabei spielt der Nationalismus als Ideologie, die weite Teile der Klasse durchdrungen hat, eine entscheidende Rolle.

Ein Ausdruck dieser Spaltung, welche eine neue Qualität anzunehmen scheint, sind rassistische Großmobilisierungen, die innerhalb des letzten Jahres massiv zugenommen haben. Ableger der Pegida-Bewegungen gab es in fast jeder deutschen Großstadt. In Dresden schaffen es die Rechtspopulist_Innen im Schnitt 5000 oder mehr Menschen auf die Straße zu bringen. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Verschiebung der Argumentationen der Rassist_Innen zu legen: Aus ein paar zersplitterten Holocaust-Leugner_Innen und Kriegsverherrlicher_Innen sind klare Chauvinist_Innen mit nationalkonservativer Ausrichtung geworden. Obwohl die AfD zumindest bei den Pegida-Demonstrationen zumeist anwesend ist, schaffte sie es nicht, die Bewegung komplett für sich zu instrumentalisieren (Bsp.: eigene Pegida-Kandidatin zur Oberbürgermeisterwahl in Dresden). Nicht zuletzt da auch die AfD in sich gespalten war und es auch nach dem Austritt des Lucke Flügels weiterhin ist. Von der Sogkraft der AfD und dem Ausbau ihres Einflusses auf kleinbürgerliche Mobilisierungen wird die weitere Entwicklung der Partei entschieden abhängen. Ob die AfD sich dabei zu einer faschistoiden Partei entwickeln wird, die ihre Kräfte gegen das Proletariat und seine Organe mobilisiert, wird sich dabei herausstellen. Beispiele wie diese Organisationen aufgestellt werden bringen erstarkende faschistische Parteien wie *«Die Rechte»* oder *«Der dritte Weg»* zu Hauf.

ERSTARKEN FASCHISTISCHER ORGANISATIONEN UND BEWEGUNGEN

In Europa können wir seit der Krise vermehrt den Aufbau von militanten faschistischen Organisationen beobachten. In Griechenland, Ungarn, Polen oder der Ukraine gibt es bereits schlagkräftige (im Falle der Ukraine, teilweise auch Polens, sogar kriegserprobte) Milizen. Auch in Finnland patrouillieren faschistische Bürgerwehren auf den Straßen. Wenn die herrschende Klasse mittels dieser Formationen ihre Macht absichert, bringt sie die Arbeiter_Innenklasse in eine existenzgefährdende Lage, da sie, anders als eine *«nur»* rechtspopulistische Regierung, die Organisation der Arbeiter_Innenklasse vollständig zerstört.

In Deutschland kann man teilweise bereits von einem faschistisch motivierten Terror sprechen. Zuletzt wurden diese im Jahr 2015 sprunghaft angestiegenen Angriffe von Rechten auf Geflüchtete, deren Unterkünfte oder Linke brutaler. Sie sind bisher in der Mehrzahl individualistisch. Die Nazis führen aber immer mehr auch gezielte und vernetzte bewaffnete Angriffe durch. Auch, dass es im letzten Jahr vier nahezu pogromartige Situationen gab (in Freital, Heidenau, Connewitz und Bautzen) ist eine neue Entwicklung und Produkt des Erstarken des Faschismus.

Zumindest eine bundesweit vernetzte Terrorzelle, die *«Old School Society»* wurde im letzten Jahr aufgedeckt, die mindestens in 8 Städten aktiv war. Die Aufdeckung kam kurz vor einem geplanten Nagelbombenangriff auf eine linke Demo, weshalb

man davon ausgehen kann, dass der Staat von deren Aktivität gewusst hat. Eine andere organisierte Terrorzelle wurde in Freital aufgedeckt, an der möglicherweise ein V-Mann beteiligt war. Dadurch wird auch die Frage aufgeworfen, wie viele Terrorzellen es noch gibt.

Der gegenwärtige Rechtsruck verschaffte den Nazis den Nährboden der Akzeptanz, auf dem sie ihre Ideologie in die Gesellschaft pflanzen. Die faschistischen Gruppierungen formieren sich so im Windschatten, also als extrem rechte Flanke, des Rechtspopulismus. Die Grenzen zwischen Rechtspopulist_Innen, wie AfD und PEGIDA, und Faschist_Innen sind dabei fließend. Die AfD arbeitet punktuell mit Faschisten_Innen zusammen (in Kassel setzten sie einen bekannten Neonazi als Ordner auf einer Demonstration ein). Außerdem gibt es Mitglieder der AfD, die als offene Faschist_Innen bezeichnet werden könne, wie z.B. in Fulda. Der rechte Flügel der AfD um Höcke sucht den Schulterschluss zur extremen Rechten, verbreitet Rassenlehre und benutzt eine Rhetorik, wie wir sie aus dem Nationalsozialismus kennen.

Es gibt viele Städte in denen PEGIDA-Demonstrationen von Faschist_Innenen (mit-)organisiert (Magdeburg) oder sogar zahlenmäßig dominiert werden (Leipzig). Auch die europaweit vernetzte Jugendorganisation *«Identitäre Bewegung»* wirbt gezielt offene Nazis an und gewinnt aber auch mit ihren angeblich nicht rassistischen oder rechten Positionen *«gemäßigte»* Rechte und radikalisieren diese. Mit ihren Lösungsvorschlägen einer unabhängigen Jugendorganisation sind sie attraktiv für reaktionäre und desillusionierte Jugendliche, was ihre schnelle, europaweite Ausbreitung beweist.

Die faschistoide Bewegung ist in Deutschland in drei Parteien (Der III. Weg, Die Rechte und die NPD), lokalen Kameradschaften und Hooligan-Vereinigungen (z.B. HOGESA) zersplittert. Es gab aber bereits überregionale und organisationsübergreifende Vernetzungstreffen mit der Bestrebung, eine stärkere Zusammenarbeit voranzutreiben. Ein Beispiel dafür ist der *«Weiße Rahmen»*, indem Nazigruppen Informationen austauschen, versuchen inhaltliche Differenzen zu überbrücken und gemeinsame Aktionen zu planen.

LAGE DER JUGEND

Während in Zeiten verschärfter Klassenkämpfe es die Jugend ist, die sich der militantesten Aktionsformen bedient und dadurch eine glorreiche Rolle innerhalb von Bewegungen darstellt, sind es ebenso oft ihre Interessen, die als erstes ans Messer geliefert werden. Gleichzeitig sind aber auch sie es, die weniger demoralisiert von vergangenen Niederlagen sind. Sie sind es, die in Zeiten tiefer Krisen massiv unter Arbeitslosigkeit leiden und somit verstärkt in die Abhängigkeit der Familie

zurückgedrängt werden. Sie sind es, auf deren Rücken historische Niederlagen der Arbeiter_Innenklasse oftmals zuerst abgeladen werden, neben Migrant_Innen und Frauen. Werkverträge, Befristung, Einschränkungen beim Mindestlohn, Minijobs, unbezahlte Praktika und vieles mehr fördern nicht unmittelbar das Vertrauen von Jugendlichen in den Reformismus, jedoch ist es ein gefährlicher Fehlschluss davon auszugehen, dass sich dadurch unmittelbar das Bewusstsein von Jugendlichen nach links drängt. Die Jugend ist ebenso dem Einfluss bürgerlicher Ideologie ausgesetzt, in den Schulen oder im Alltag. So haben auch gesellschaftliche Bewegungen logischerweise einen Einfluss auf Jugendliche. Während der Poststreiks wurden zum Beispiel Jugendliche aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Situation und ihrer geringen gewerkschaftlichen Organisierung als Streikbrecher_Innen bei der Post eingesetzt.

ANGRIFFE AUF DIE JUGEND INNERHALB DER KRISE

In den Ländern Südeuropas haben wir eine Jugendarbeitslosigkeit von 30 bis 50 Prozent. Viele sind dadurch länger abhängig von ihrer Familie, einige davon haben trotz hoher Bildungsabschlüsse weiterhin kaum eine Perspektive oder arbeiten unterhalb ihrer Reproduktionskosten. Folge dessen ist eine Massenabwanderung in Richtung Norden, dort erhalten viele dieser Jugendlichen Anstellungen weit unter dem dortigen Lohnniveau. Dies hat vielerlei Vorteile für die Bourgeoisie: Zum einen müssen die jeweiligen Staaten keinerlei Kosten für deren Ausbildung bezahlen und zum anderen können sie dadurch die Löhne senken. Im Verlauf der Krise haben wir es mit einer Zunahme der Migrationsbewegungen zu tun, dabei ist zu erkennen, dass die rassistische Hetze in Deutschland schwerpunktmäßig gegenüber niedrigqualifizierten Arbeitskräften aus dem muslimischen Raum gerichtet ist, nicht aber gegen die südeuropäischen Jugendlichen. So sagte der Chef des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen in der Tagesschau vom 10.April, dass sie die Anzahl der IS-Terrorist_Innen innerhalb der Flüchtlingsströme unterschätzt hatten. Es lässt sich schlussfolgern, dass es sich hier um eine Form der rassistischen Selektion aufgrund des fortbestehenden Bedarfs handelt. Dieser Standortideologie müssen wir den Internationalismus entgegenhalten, es wird deutlicher denn je, dass wir sowohl eine internationale Vernetzung der Arbeiter_Innenjugend auf gewerkschaftlicher Ebene brauchen, als auch den Kampf für die Interessen der Jugendlichen innerhalb der Gewerkschaftsverbünde mit dem einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsopposition zu verbinden.

JUGENDBEWEGUNG IN FRANKREICH

In Frankreich haben wir es mit einer Serie von politischen Angriffen zu tun: Zum einen nach der Einführung der Notstandsgesetze nach den Anschlägen des IS

im November ´15, wodurch überdies die imperialistischen Kriegsinterventionen Frankreichs in Syrien und Mali gerechtfertigt wurden. Zum anderen nachdem es Anfang Januar 2015 einen Anschlag auf die rassistische Satirezeitung Charlie Hebdo gab, welche die rechtsextreme Front National für die Ausweitung ihrer rassistischen Hetze nutzte und damit im Laufe des Jahres gigantische Wahlerfolge feiern konnte. Nach diesen unterschiedlichen politischen Angriffen, die innerhalb der linken und Arbeiter_Innenbewegung eher zu Passivität oder einer Burgfriedenspolitik führte, soll durch die sogenannte El-Khomri-Reform ein massiver ökonomischer Angriff auf die Arbeiter_Innen, geführt durch die *«Sozialistische Partei»*(PS), stattfinden. Dies führte in den letzten Wochen zu einer ernsthaften Massenbewegung der Arbeiter_Innen einzelner Sektoren, beispielsweise wurden einzelne Häfen (bspw. Le Havre) vollständig geschlossen. Ebenso von Jugendlichen, die einige hunderte Schulen im ganzen Land bestreikten, allein 30 davon in Paris. Bis zu 1,2 Millionen Menschen befinden sich auf der Straße. Gemeinsam leisten sie Widerstand gegen den Angriff auf die 35-Stunden-Woche und die Erhöhung der rechtlich möglichen täglichen Arbeitsintensität. Dies führt zu einem zunehmenden Flügelkampf innerhalb der PS und zu Mobilisierungen selbst einiger von ihnen kontrollierter Gewerkschaftsverbünde. Nach vier Jahren relativer Passivität ist dies der größte Jugendprotest des Landes. Jedoch dürfen wir uns nicht mit der zeitweisen Unruhe innerhalb der PS zufrieden geben, sondern wir brauchen Massenversammlungen in den Schulen und Betrieben, die sich eigene Organe des Streiks aufbauen, damit dieser nicht von der reformistischen Führung gekippt werden kann. Im Endeffekt spielen hierbei zwei Probleme stark rein: Zum einen das politische Gewerkschaftswesen Frankreichs, dass zwar militantere Teile der Klasse *«schnell»* mobilisiert, jedoch nicht das Ziel anstrebt, Industriegewerkschaften zu bilden, die innerhalb eines Betriebes, geschweige denn innerhalb eines Sektors, geschlossen für den Streik einstehen. Und zum anderen das Fehlen einer konsequent revolutionären Partei, die die Interessen der Jugendlichen und Arbeiter_Innen vertritt und den Kampf hin zum Generalstreik anführt. Ein Widerstand der nicht nur die Reform abwehrt, sondern auch gegen den aufkommenden Rassismus, den imperialistischen Krieg und die Notstandsgesetze mobil macht.

PREKARISIERUNG, LEIHARBEIT, BEFRISTUNG, MINDESTLOHN IN DER BRD

Während wir in den letzten Jahren innerhalb der Tarifverhandlungsrunden der deutschen Gewerkschaften noch vereinzelte Forderungen bezüglich der Ausbildung oder des Bildungsanspruches von jungen Arbeiter_Innen hatten, bleiben diese in der kommenden Verhandlungsrunde außen vor. Diese Tendenz zeichnete sich in den letzten Jahren schon ab, so war die Hauptstoßrichtung der letzten Tarifverhandlung der IG Metall die Altersteilzeit. Gegen den Jugendliche ausschließenden Mindestlohn wurde auch nur vereinzelt mobil gemacht. Innerhalb

der letzten Tarifrunden wurden Forderungen im Interesse von Azubis zwar noch aufgeworfen, waren aber immer einer der ersten Spielbälle, die den *«Arbeitgeber»*-verbänden zugeworfen wurden. Auch in der BRD wird es in den kommenden Jahren zu massiven Angriffen auf Kernsektoren der Arbeiter_Innenklasse kommen müssen, mit Leiharbeit, Befristungen und Werkverträgen sind es oftmals die jungen Arbeiter_Innen, die hier ein instabiles Arbeitsverhältnis haben und aufgrund dessen werden auch sie es sein, die als erste die Werkshallen verlassen müssen.

ANGRIFFE AUF GEFLÜCHTETE JUGENDLICHE DEUTSCHLAND

Aufgrund der Interessen des deutschen Imperialismus wurde in den letzten Monaten stark Stimmung für die Aufrechterhaltung des Schengen-Abkommens gemacht (*«Wir schaffen das»*). Was für viele Geflüchtete eine *«erleichterte»* Einreise nach Deutschland (sofern sie über die Zäune des europäischen Grenzregimes kamen und an den Grenzschutzpoliztist_Innen und Soldat_Innen im Balkan oder Bayern vorbeikamen) bedeutete. Um die Menschen, die es nach einer langen Flucht vor Krieg und Krise hier her schafften, schnell wieder zurückzuschicken, kommt es im Halbjahrestakt zu neuen rassistischen Asylgesetzverschärfungen. Im vorletzten Asylpaket (Nr.2) wurde dabei angeblich der Gasthörer_Innenplatz für Geflüchtete an Universitäten eingeräumt. Dies trifft für jugendliche Geflüchtete über 16 Jahren jedoch nur zu, wenn die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen nicht den Aslyverfahrensmaßnahmen entgegensteht. Bezogen auf Berlin wurde zeitgleich die Taktung für Besuche beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) bezüglich der Bestätigung ihrer Wohnunterkünfte und ihrer finanziellen Bezuschussung von 8 auf 4 Wochen verkürzt, wobei zu Spitzenzeiten 3 Wochen Wartezeit im Spätherbst 2015 nicht untypisch waren. Somit ist dies eine propagandistische Farce, die die beschissene Lage von jungen Geflüchteten instrumentalisierte, um den weiteren Verschärfungen einen netteren Anstrich zu geben.

ANGRIFFE AUF JUGENDLICHE DURCH ZURÜCKDRÄNGEN IN DIE BÜRGERLICHE FAMILIE SEITENS DER AFD

Im Zuge der Krise gibt es von unterschiedlichsten bürgerlichen Parteien stetig neue Versuche, die Reproduktionskosten in die Kleinfamilie zurückzudrängen. Unterschiedliche Schritte sind hierbei in der BRD gang und gebe, um den realen Lohnunterschied zwischen Mann und Frau zu nutzen, um die Frau in die Familie zu drängen: Elterngeld/Herdprämie, Ehegattensplitting. Die AfD setzt dem Ganzen in ihrem kommenden Wahlprogramm nochmal die Krone auf. Mit der schrittweisen Abschaffung staatlicher Kindergärten und mit dem finanziellen Erschweren der Scheidung möchten sie das Ideal der bürgerlichen Familie gewaltsamer in die Köpfe drängen. Auch das Strafmündigkeitsalter wollen sie von 14 auf 12 Jahre

senken. Uns ist klar, dass die Heimerziehung die Doppelbelastung von Müttern, die meist die Erziehung übernehmen, stärkt und somit zumeist auch keine positiven Folgen für die Kinder und Jugendlichen hat, diese müssen eher die Erziehungstätigkeiten mittragen.

BUNDESWEHRKAMPAGNEN ZUR REKRUTIERUNG

Die zunehmende Perspektivlosigkeit wird natürlich auch von den Herrschenden erkannt und beantwortet. So haben die meisten Jugendlichen in der BRD keinen *«erfolgreichen»* Start ins Leben der jungen Arbeiter_Innen. Doch *«das schnelle Geld»* kann in der sich errichtenden Berufsarmee erlangt werden, zwar sind die Beitrittszahlen gering, jedoch bedeutet das nicht, dass die Bundeswehr nicht regelmäßig ihre Promotionsausgaben erhöht, um dadurch ihre Akzeptanz aber auch die Anzahl neuer Rekrut_Innen zu erhöhen. Die Losung *«Bullen und Bundeswehr raus aus der Schule!»* ist aktueller denn je!

(NIEDER-)LAGE DER ARBEITER_INNENBEWEGUNG

In den vergangenen 12 Monaten haben wir eine konkrete Veränderung innerhalb der europäischen Arbeiter_Innenbewegung sehen können. Von einer relativ offensiven Ausgangslage kam es hierbei, durch den Verrat der Führung, zu Demoralisierungen und einer relativen Defensive. Doch was ist passiert?

Im Frühjahr 2015 hatten wir es in Deutschland mit den größten Warnstreiks der IGM der letzten Jahrzehnte zu tun. Selbst die Gewerkschaftsbürokratie merkt offensichtlich, wie wacklig das Fundament der Sozialpartner_Innenschaft im Verlauf der Krise ist. Jedoch drückt sich das lediglich im Tonfall und nicht in den Konsequenzen aus. Im Sommer 2015 wurde dann nach einer starken Welle von Streiks der GdL (Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer) das Tarifeinheitsgesetz in absoluter Mehrheit im Parlament, aber auch innerhalb des DGB – welcher jedoch nur mit den Füßen abstimmen durfte -durchgesetzt. Ein Angriff auf die kämpferischen Sektoren, die sich von der Politik der Gewerkschaften nicht vertreten fühlen, jedoch nicht das Bewusstsein haben, um innerhalb der Gewerkschaften um die Mehrheit mit fortschrittlichen Positionen zu kämpfen. Im selbigen Zeitraum kam es auch in der Post zu wochenlangen Streiks, die schlussendlich nur durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zwangsbefriedet werden konnten.

In anderen Teilen Europas kam es im selben Zeitraum zu spontanen Erschütterungen und Veränderungen innerhalb bürgerlicher Arbeiter_Innenparteien. Aufgrund der massiven Wahlniederlage der Labour-Party in Großbritannien im Jahr 2015 kam es zum Rücktritt des Parteivorsitzenden Ed Miliband. Dies führte

wiederum zu Neuwahlen. Im Wahlkampf kam der linke Reformist Jeremy Corbyn an die Spitze und gewann schlussendlich die Wahl um den Vorsitz. Dies führte während des Wahlkampfes und darüber hinaus zu mehreren zehntausenden Beitritten in die Partei. Hier durch entstand eine Kluft zwischen der immer passiveren Labour und ihrer neuen Basis, welche aus Teilen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stammt. Aus dieser Situation entsteht eine Anspannung, die im Sieg Corbyns über die Labour-Bürokratie oder in seiner Kapitulation enden muss. Hierbei entstanden Basisorganisationen wie Momentum, die knapp zehntausend Mitglieder hat, welche sich in lokalen Gruppen regelmäßig Treffen und versuchen, der Partei eine neue Form zu geben. Revolutionär_Innen müssen sich im Klaren hierüber sein, dass sie diesen Prozess unterstützen, jedoch den Kampf um eine revolutionäre Fraktion weiterführen müssen, die versucht eine Perspektive für die zehntausenden an neuen Mitgliedern aufzuzeigen und sie unter einem revolutionären Programm innerhalb der Partei kämpfen zu lassen. Ebenfalls zeigt es auf, dass die soziale Basis einer bürgerlichen Arbeiter_Innenpartei bei verstärktem Widerspruch zur Politik ihrer Führung spontan in Bewegung geraten kann.

In Griechenland sind die Klassenkämpfe seit dem die Syriza-Anel-Volksfrontregierung im Sommer den griechischen Widerstand an die Interessen der EU verkauft hat, weitgehend zum Erliegen gekommen. Syriza stellt hierbei ein Beispiel dafür dar, dass innerhalb halbkolonialer Länder in der Krise der Kampf um Reformen unmittelbar mit der Frage der Macht im Staat und ihrer Klassenbasis beantwortet werden muss. Hierbei hat der linke Flügel der Partei zulange den Kurs des Aussetzens von Mobilisierungen auf der Straße zugelassen und den programmatischen Kampf innerhalb der Partei gelähmt. Die Konsequenz ist die zunehmende Marginalisierung der Bewegung und der verspäteten Abspaltung der Plattform *«Volkseinheit»*.

Die ansteigende ökonomische Blockbildung über Freihandelsverträge wie TTIP läuft natürlich nicht ohne gleichzeitigen zunehmenden Widerstand. Die TTIP-Geheimverhandlungen bezüglich kommender Generalangriffe auf die europäischen und US-amerikanische Arbeits- und Verbraucherschutzrechte gehen nicht nur Arbeiter_innen und Jugendlichen sondern auch zunehmend weiten Teilen des Kleinbürgertums ans Mark. Die entstandene gesellschaftliche Dynamik brachte im Herbst 2015 250´000 in Berlin und im April 2016 90´000 Menschen in Hannover auf die Straße. Die europaweite Online-Petition *«Stopp TTIP»* hat mittlerweile knapp 3,5 Millionen Unterschriften. Die Organisation Greenpeace veröffentlichte Anfang Mai die Geheimverhandlungsdokumente. Der vergangene Kongress des europäischen Gewerkschaftsbundes Oktober 2015 in Paris verabschiedete eine ablehnende Resolution gegenüber den Verträgen von TTIP und TiSA, in denen sie sich für einen *«gerechteren»* Welthandel aussprachen. Es ist davon auszugehen, dass Anti-TTIP- und *«Wir haben es satt»*-Demonstrationen in den kommenden Monaten starke Teilnehmer_Innenzahlen haben werden, jedoch unter einer

bürgerlichen Führung von NGOs über Verbraucherschutzverbände, die Grünen, bis in Teile der SPD, der Gewerkschaften und in die Linke hinein.

Unter Projekten wie TTIP zeigt sich vermehrt der verrottende Charakter des imperialistischen Weltsystems in der Unfähigkeit fortschrittliche Maßnahmen, wie internationale Produktionsstandards mit der Steigerung der Lebensgrundlage der internationalen Arbeiter_Innenklasse zu verbinden. Vereinheitlichung kann im Imperialismus nur unter den Interessen der stärksten Fraktionen des Finanzkapitals stattfinden.

Wir müssen somit den Handelsverträgen von TTIP, TiSA und CETA – und wie sie alle heißen – die Losung des unbefristeten europäischen und US-amerikanischen Generalstreiks entgegenstellen. Auch wenn wir momentan nicht in der Lage sind auf solche Bewegungen real Einfluss zu nehmen, so bilden sie eine gute propagandistische Möglichkeit, die Grenzen der Standortideologie in Zeiten der internationalen Krise mit dem revolutionären Internationalismus zu beantworten.

Die Linke hat es insgesamt verfehlt eine europaweite geschweige denn internationale Antwort auf die Krise zu finden. Weder hat sie es geschafft kollektive Aktivitäten gegen das imperialistische Projekt der EU auf die Beine zu stellen, noch den bürgerlichen Einfluss auf das Bewusstsein der Arbeiter_Innen zu erkennen und eine reale Alternative zu bieten. Diese fehlende Perspektive führt zu sprunghaften Aktivismus, welcher in kürzester Zeit wieder abflauen kann oder auch zur Stärkung reaktionärer Kräfte führt.

DIE LAGE DER UNTERSCHIEDLICHEN KRÄFTE INNERHALB DER LINKEN UND ARBEITER_INNEN GEGENÜBER DIESEM PROBLEM

In den Gewerkschaften haben wir eine zunehmende Verschiebung innerhalb der kämpfenden Sektoren. Historisch kampffähige Teile der Klasse wie beispielsweise die Metaller_Innen weisen neben jährlichen Tarifwarnstreiks geringfügige Aktivität vor, bislang konnte die Gewerkschaftsführung weite Teile ihrer minimalen Interessen für die gewerkschaftlich organisiertere Kernbelegschaft aufrechterhalten. Somit haben sich die kämpferischen Teile weitaus stärker verschoben innerhalb der ökonomischen Auseinandersetzungen der Klasse. Die Teile der Klasse die zumeist mit einem geringeren Maß an ausgebildeter Arbeitskraft außerhalb der Schlüsselsektoren (wie Industrie, Chemie, Energie oder Waffen usw. usf.) tätig sind - die im Verlauf der letzten Jahre massiver sozialer Verelendung ausgesetzt waren - entwickeln sich deutlicher zu den kämpferischen Teilen. Dies sind ebenfalls die Gewerkschaften mit einem deutlich höheren Frauenanteil. Im Verlauf der Krise ist es hierbei jedoch wahrscheinlich, dass es flächendeckende Angriffe auch auf die deutsche Schlüsselindustrie geben wird, mit starken

Outsourcing-Bestrebungen. Schließungen wie sie bei Bombardier, Siemens und IBM grade geplant sind, stellen dabei nur die Spitze des Eisbergs dar. Und läuten ferner die Glocken für die internationale Verschiebung der Arbeiter_Innenklasse und einer weiteren sozialen Verelendung ein. Die Gewerkschaftsführung wird dabei ihr Möglichstes geben, die Kämpfe organisch zu trennen, wobei dies ein großes Hindernis sein wird, um die Kämpfe erfolgreich zu führen.

Während es vor allem eine Verschiebung in den kämpfenden Teilen der Klasse weg von den stark SPD-dominierten Teilen der Gewerkschaften gab, fanden die Kämpfe der letzten Jahren vor allem in Gewerkschaften die teilweise unter Linksparteieinfluss stehen statt. Durch die Angriffe auf die Klasse als Ganzes wird auch der Charakter der bürgerlichen Arbeiter_Innenpartei SPD wohlmöglich deutlicher an seine Grenzen stoßen.

ENTWICKLUNG INNERHALB DER PARTEI DIE LINKE

Nach dem Wahlsieg der *«Alternative für Deutschland»* im März in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz steht die Partei *«die Linke»* (PdL) vor einer Zerreißprobe in der Frage, wie sie sich dazu verhalten wollen. Drei unterschiedliche Positionen innerhalb der PdL sind dabei für die Anspannung der Situation sehr beschreibend.

Nach den Wahlen wurde eine Stimme im rechten Flügel rund um das Forum *«Demokratischer Sozialismus»* und um die Mehrheit der Bundestagsfraktion nach einer *«Notwendigkeit der Einheit der Demokrat_Innen»* immer lauter. Eine Regierung des *«kleineren Übels»* um die anderen bürgerlichen Parteien vor einem weiteren rechtsrutsch abzuhalten. Dafür opfern sie jegliche Eigenständigkeit der Position und öffnen Klassenkollaboration und Sozialverrat somit Tür und Tor, um sich als verlässliche Partner_In auf Bundesebene für rot-rot-grün anzubieten – eine immer unrealistischere Alternative.

Ein weitaus kleinerer Flügel der Partei sieht innerhalb der Wähler_Innenbasis der AfD berechtigte Sorgen, die in der Krise aufkommen, auf die die Partei zugehen solle. Die PdL-Prominenz rund um Wagenknecht und Lafontaine ist mitten in der reformistischen Ideologie gefangen und beginnt einzusehen, dass bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung natürlich nicht alle Teile der internationalen Arbeiter_Innenklasse und die nationale Bourgeoisie unterstützen können. Da sie die Illusionen haben Elemente der Bourgeoisie gewinnen zu können, entscheiden sie sich hierbei für die rassistische Perspektive.

Die linken Kräfte innerhalb der Partei schaffen es seit Jahren nicht einen konsequenten Kampf um die Führung der Partei auf programmatischer Grundlage zu

führen. Ihr Kräfteverhältnis und die letzte Konsequenz eines politischen Kampfes – den Bruch mit der Partei – vor den Augen, entscheiden sie sich für den Ausweichkurs. Sie verschließen sich davor eine politische Perspektive in den Kampf gegen die AfD auf Ebene der antirassistischen Einheitsfront auszusprechen. Lieber machen sie in ihrer Basis Stimmung für die Notwendigkeit einer Bewegung, die die soziale Frage aufwirft, jedoch wollen sie das nicht als politischer Pol innerhalb einer antirassistischen Bewegung, viel mehr wollen sie die Arbeiter_Innen dafür getrennt mobilisieren. Zugrunde liegt dem die Vorstellung, das im bestehenden Kräfteverhältnis antirassistische Politik automatisch zu Volksfronten führt, wichtig ist hier jedoch nicht die Form sondern der Inhalt, kurz: es entscheidet sich über den Inhalt und die Schlagkraft eines solchen Bündnisses, ob es eine Arbeiter_Inneneinheitsfront oder eine Volksfront ist. Hinter diesem Wunsch, steckt jedoch die im Lager einiger zentristischer Kräfte der Trotzkist_Innen, dass sich das Bewusstsein innerhalb solcher Bewegungen graduell in Richtung revolutionärem Marxismus entwickelt.

In den letzten Jahren konnten wir in der Linksjugend [´solid!] unterschiedlichste Entwicklungen erkennen: Während wir es mit regelmäßigem Aufflammen der Frontenkriege zwischen antiimperialistischen und *«antideutschen»* Kräften in der Gruppe zu tun haben, so sehen wir auch eine fehlende Einigung über die Ausrichtung und Schwerpunkte. Jedoch hängt die Entwicklung der Gruppe nicht nur von ihrer inneren Lage ab, so bröckelt über kurz oder lang die Fassade des Pluralismus am Opportunismus der PdL und an dem Versagen vor der neuen rassistischen Bewegung.

UND «LINKS DAVON»?

Die radikale Linke hat in der BRD unter Bedingungen der relativen Stabilität des deutschen Imperialismus versagt einen schlagkräftigen Widerstand zu errichten. In Phasen zunehmender Kriseneinbrüche ist in ihr somit die Hoffnung schnell erloschen. Links von [´solid!] weisen die unterschiedlichsten Strömungen die verschiedensten Perspektiven auf.

Im Groben lassen sich hier dreierlei Tendenzen gegenüber den reformistischen und kleinbürgerlichen Strömungen innerhalb der Arbeiter_Innenbewegung aus dem Lager der sogenannten *«radikalen Linken»* herausfiltern: Opportunismus, Sektierertum und die kleine Summe der unterschiedlichen zentristischen und revolutionären Kräfte die versuchen die bestehende Situation aufzubrechen.

Mit der Entstehung des selbstverwalteten Kantons Rojava und im Zuge der Offensive des türkischen Staats in Westkurdistan arbeiten die unterschiedlichen PKK-nahen Strukturen in Deutschland verhältnismäßig auf Hochtouren. Der Fakt,

dass der Kampf dieser Partei in halbkolonialen Ländern, aufgrund der Schwäche der organisierten Arbeiter_Innenklasse vor Ort, eine derartige Stärke erreicht hat, führt in vielen Teilen der vor allem autonom geprägten Linken zu offenen Flanken hin zum Stalinismus. Selbst wenn sich die PKK seit über zwei Jahrzehnten hin zu einer diffus kleinbürgerlichen Kraft entwickelte, so basieren Teile ihres Programms fortwährend auf dem stalinistischen Etappentheorieverständnis und der Voranstellung der nationalen Befreiung. So erklärt es sich auch, dass sich ein großer Teil der organisierten kurdischen Diaspora in der BRD nicht als Teil des Proletariats in bestehende Kämpfe integrieren sondern lediglich zu Fragen des kurdischen Befreiungskampfes aktiv werden.

Viele Kräfte mit trotzkistischem Anspruch verfehlen es, den Kampf gegen den führenden Einfluss des Reformismus auf die Arbeiter_Innenklasse zu führen. Sie suchen sich eher vereinzelte Inselprojekte von mehr oder minder heroischen Kämpfen der Arbeiter_Innenklasse ohne den Kampf mit der Gewerkschaftsbürokratie zu führen. Diese Kräfte fürchten oftmals die großen einheitsfrontartigen Bündnisse als nicht-revolutionäre Vereinigungen, in Wahrheit ist es jedoch viel mehr die Kapitulation vor dem inhaltlichen Kampf aus einer Minderheitsposition.

Im Verlauf der qualitativ zunehmenden rassistischen Bewegung in Europa und Deutschland, waren die antirassistischen Schulstreiks ein vereinzeltes, aber mutiges Signal der Jugendlichen sich Pegida, AfD und Co. entgegen zu stellen. Der Ausruf vom Jugendbündnis *«Jugend gegen Rassismus»* (JgR) als bundesweit koordinierter Schul- und Unistreik hat dabei ein Bedürfnis ausgedrückt, welches in vielen Städten zur Entstehung von JgR-Mobilisierungsstrukturen führte. Jedoch müssen wir JgR nicht als weiteres antirassistisches Projekt verstehen. Es ist viel mehr der Versuch über die gemeinsame Aktion unterschiedlicher linker Kleingruppen und Aktivist_Innen weitere Kräfte für die Losung der Einheitsfront zu gewinnen. Dabei sind es die Jugendproteste die offen auf die Gewerkschaften, bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien und versprengten Gruppen der radikalen Linken zu gehen müssen, um auf diese und deren Basis bestmöglich Druck für eine kollektive Aktion aufzubauen.

POLITISCH-ÖKONOMISCHE PERSPEKTIVEN 2016

BROSCHÜRE DER JUGENDORGANISATION REVOLUTION

Revolutionäre Praxis erfordert revolutionäre Theorie. Der Erfolg revolutionärer Organisationen hängt neben der Praxis immer auch von ihren Positionen und ihrem Blick auf das Weltgeschehen ab. Dabei können wir uns nicht damit begnügen zu wissen, dass wir uns in einer historischen Krise des Kapitalismus befinden. Wir müssen herausfinden welche Kräfte, welche Fraktionen des Kapitals die Reaktion anführen und welche Kräfte die Führung in der Arbeiterklasse und in ihrem Kampf gegen das Kapital anführen. Wir befinden uns dabei grundlegend in einer Periode der Neuordnung und der Neuverteilung, in einer Phase in der die Kräfte der Reaktion die Zügel im Griff halten. Obwohl die Wirtschaftskrise von 2007 tiefe Kluften in die verschiedenen Kapitalfraktionen gerissen hat konnten existierende revolutionäre Kämpfe der letzten Jahre nirgends so recht Fuß fassen. Die Festung Europa wird weiter ausgebaut, das Kräftemessen zwischen den USA und China nimmt immer aggressivere Züge an, auf dem Rücken von Teilen des europäischen Proletariats wird ein Imperialistischer Stellvertreterkrieg geführt und auf Kosten der fortschrittlichen Kräfte des arabischen Frühlings werden neue Regimes installiert. Der Kapitalismus zeigt seine ätzende, alles zerstörende Fratze und wir haben uns nicht weniger vorgenommen als ihn überall zu zerschlagen wo er wütet.

In dieser Broschüre wollen wir unsere Analyse der Lage darlegen, auf das revolutionäre Theorie die Basis für revolutionäre Praxis und eine proletarische Weltrevolution ist.



ONESOLUTIONREVOLUTION.GERMANY

REVOGERMANY

www.onesolutionrevolution.de